



attempo!

Forum der Universität Tübingen

November 2010

Platzende Blasen

Die Finanzkrise im Spiegel der Wissenschaft

- > Forschung in fernen Galaxien
- > 20 Jahre Studiengang »TübAix«
- > Creative Writing als Schlüsselqualifikation
- > Anschauungsunterricht in der Anatomie



Topthema



Foto: N. Kallb

- 4 Billigst-Geld-Politik und Staatsversagen**
Der Anteil der Politik an der Weltwirtschaftskrise
- 6 Der kollektive Buddenbrooks-Effekt**
Gesellschaftliche Ursachen für den Zusammenbruch
- 10 Vergötzung des Marktes und Anarchie der Finanzindustrien**
Plädoyer für ein humanes Wirtschaftssystem

- 12 Finanzmärkte und Realwirtschaft immer in der Krise?**
Die Regelmäßigkeit wirtschaftlicher Einbrüche
- 14 Sinnlose Finanzwetten schrittweise unterbinden**
Wie eine Therapie der Finanzkrise aussehen könnte
- 16 Wo staatliches Handeln an rechtliche Grenzen stößt**
Bankenrettung und Gesetzeslage
- 18 Wirtschaftswissenschaft auf dem Prüfstand**
Bewährungsprobe in der Krise
- 20 Bessere Bildung bei fünf Prozent Einsparungen**
Sparvorschläge für den Bildungsbereich
- 22 Bildung: Das kostenneutrale Mega-Thema**
Sparkurs darf nicht sein
- 24 Ende der (Selbst)-Gewissheit?**
Die Finanzkrise trifft amerikanische Hochschulen

Was sagt die Wissenschaft zur Krise?

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Phasen einer tiefgreifenden globalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben zu geschätzten Kursverlusten in Höhe von 2 300 Milliarden Dollar geführt. Obwohl die Wirtschaft sich langsam zu erholen scheint, bleibt das Bedürfnis nach Aufklärung. Was ist da eigentlich wie aus heiterem Himmel passiert? Was waren die Auslöser für die »zweite Weltwirtschaftskrise«? Wer ist dafür verantwortlich zu machen? Was muss getan werden, damit es nicht zu einer neuen Krise kommt?

Diese Fragen haben wir an die Wissenschaft weitergegeben – in der Hoffnung auf Antworten und Lösungsvorschläge. Wie stellt sich der Fall aus der Sicht der Wirtschafts- oder Rechtswissenschaft dar? Welche Erklärungsmodelle hat die Soziologie zu bieten? Sind Kontrollmechanismen und neue Gesetze ausreichend oder brauchen wir gar eine humane Alternative zum kapitalistischen System?

Die Wissenschaft steht der Krise aber nicht nur analysierend gegenüber, sie ist selbst betroffen, wenn es um die Finanzierung von Bildung und Wissenschaft geht. In einem »Pro und Contra« geht es um die Frage, ob angesichts knapper öffentlicher Kassen bei der Bildung gespart werden darf. Ein Blick in die Vereinigten Staaten zeigt, wie stark sogar die reichsten Universitäten der Welt unter der Finanzkrise leiden.

Fazit: Allen Theorien und Erklärungsmodellen in diesem Heft gemeinsam ist die Erkenntnis, dass die Zeit für entschlossenes Handeln mehr als reif ist. Denn Wirtschaftskrisen, so lernen wir, haben die Eigenschaft, regelmäßig wiederzukehren.

Die Redaktion



Foto: Schönbrodt

Der Bau des Drei-Schluchten-Damms in China und die Folgen: Tübinger Geografen erforschen Bodenbewegungen
Forschung > ab Seite 28



Foto: Albrecht

Beispielhaftes studentisches Engagement: Preis für die Studierendeninitiative Internationales Tübingen – StudIT
Studium und Lehre > ab Seite 32



Foto: Albrecht

Porträtzeichnen: Niemand ist sicher vor dem Stift
Unikultur > ab Seite 38



Foto: Albrecht

Wie der Mensch innen aussieht: Blick in die Anatomische Lehrsammlung
Porträt > ab Seite 42



Foto: Göhner, Stadtarchiv Tübingen

Tübingen und Aix-Marseille – eine Universitätspartnerschaft
Unigeschichte > ab Seite 44



Die Lust am Risiko: Im Spiel gefragt, kann sie ungebremst im wahren Leben in die Katastrophe führen.

Foto: Albrecht

Billigst-Geld-Politik und Staatsversagen

Von Joachim Starbatty

Die zweite Weltwirtschaftskrise der Moderne hat vielfältige Ursachen. Einige liegen außerhalb des Marktgeschehens. Eine wesentliche Rolle spielte zum Beispiel die Politik – nicht nur bei der Bewältigung, sondern bereits bei der Entstehung der Probleme.

Noch vor wenigen Jahren hätte es niemand für denkbar gehalten, dass sich die Weltwirtschaftskrise von 1929 wiederholen könnte. Doch die Entwicklungen von Industrieproduktion, Welthandel und Aktienkursen zeigen frappierende Parallelen zwischen 1929 und 2008: Die entsprechenden Werte stürzten geradezu ab. Während damals eine prozyklische Finanz- und Geldpolitik aus der Krise eine lang andauernde Depression werden ließen, haben derzeit eine extrem expansive Geld- und Finanzpolitik die Talfahrt aufgefangen: Die Indizes klettern wieder nach oben. Doch sorgen wir uns nun um die Belastbarkeit des Aufschwungs und um ausufernde Staatsdefizite.

Die Ursachen für die zweite Weltwirtschaftskrise der Moderne sind vielfältig, wobei je nach Profession und politischer Einstellung die Schwerpunkte unterschiedlich gesetzt werden. Die jüngste Weltwirtschaftskrise kann nicht erklärt werden, wenn wir nicht die Entscheidungen außerhalb des Marktgeschehens einbeziehen. Sie haben die Marktconstellationen entscheidend determiniert. Das Zusammenwirken exogener und endogener (marktgesteuerter) Faktoren hat die Weltwirt-

schaftskrise entstehen lassen. Es ist inzwischen allgemeine Auffassung, dass sie ihren Ausgang in der Immobilienbranche in den USA genommen hat:

- (1) **Billigst-Geld-Politik:** Die US-amerikanische Zentralbank hat den Immobilienboom entfacht. Sie hatte nach dem Platzen der Dotcom-Blase den Refinanzierungssatz – also den Zins, den die Geschäftsbanken für Zentralbankgeld zu entrichten haben – auf ein Prozent heruntersgesetzt. Als sie Schritt für Schritt den Refinanzierungssatz auf schließlich 5,25 Prozent an hob, ist die Immobilienblase geplatzt.
- (2) **Staatsversagen:** Der Ersatz der persönlichen Haftung unter der Clinton-Administration durch die dingliche Sicherung – man gibt den Hausschlüssel bei der Gläubigerbank ab und ist damit sein Haus, aber auch seine finanziellen Verpflichtungen los –, die Möglichkeit ohne Sicherheit Immobilien zu erwerben und auch die Verpflichtung der staatlich abgesicherten Hypothekendarlehenbanken Fannie Mae und Freddy Mac, Subprime-Produkte (Hypothekendarlehen mit geringer Bonität) in ihr Portfolio einzubeziehen, hat in den USA den Immobilienboom weiter angeheizt.



Joachim Starbatty

übernahm 1983 die Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik an der Universität Tübingen, die er bis zu seiner Emeritierung 2005 innehatte. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem Ordnungspolitik einschließlich Transformation von Wirtschaftssystemen, Stabilisierungspolitik und Industrie- und Technologiepolitik.

- (3) **Versagen der Aufsichtsorgane:** Die Überhitzung auf den Immobilienmärkten ist frühzeitig thematisiert worden. Das Engagement deutscher Institute in Papieren, die aus der Verbriefung entsprechender Hypotheken entstanden sind, hätte den Aufsichtsbehörden bekannt sein müssen. In verschiedenen europäischen Staaten und vor allem in Staaten Südostasiens haben Aufsichtsorgane den Erwerb solcher Papiere nicht genehmigt.
- (4) **Rating-Agenturen:** Sie haben leichtfertig *Triple A*-Bewertungen (sehr sichere Anleihe) für risikoreiche Verbriefungen vergeben, weil sie sowohl als Beratungs- wie als Bewertungsinstanz fungierten. Sie hatten zudem nicht erkannt, dass in engen Märkten bei einem gegebenen Angebot eine höhere Nachfrage die Preise übermäßig steigen oder auch – im umgekehrten Falle – fallen lässt.
- (5) **Geschäftsbanken:** Natürlich hat auch die »Gier« eine entscheidende Rolle gespielt, wobei wir damit ein Verhalten charakterisieren wollen, das auf betriebliche und persönliche Gewinnmaximierung hinausläuft, ohne die damit verbundenen Risiken zu berücksichtigen, weil andere Akteure für Verluste auftreten oder weil es ja alle so machen. Die Banken in den USA haben dubiose Hypothekenschulden akzeptiert, weil sie sie nach Beratung und Bewertung durch Rating-Agenturen verbriefen und in die internationalen Kapitalmärkte einschleusen konnten. Insbesondere deutsche Banken – die Landesbanken eingeschlossen – haben sich verleiten lassen, solche Subprime-Papiere in ihr Portefeuille zu nehmen, da ihre Passivseiten gut gefüllt, aber ihre Aktivseiten wegen schleppender Konjunktur nicht ausgelastet waren. Fehlende Haftung erklärt die Ausbreitung der Krise: US-Kreditmakler und US-Banken haben dubiose Risiken weitergegeben und europäische Banken ließen sich nach deren Erwerb von den Börsen wegen hoher Gewinne feiern und nahmen exorbitante Boni mit. So ist das Übel, das in einem relativ kleinen Segment begann, in die Welt gekommen. Nach Platzen der Immobilienblase wussten die Akteure, dass sie auf ihrer Aktivseite nicht hochverzinsliche Anleihen stehen hatten, sondern bloß noch Schrott. Die Zentralbanken überschwemmten nach der damit zusammenhängenden Lehman-Bank-Pleite die Geld- und Kapitalmärkte mit Liquidität, um die Bankenwelt vor einem generellen Absturz zu bewahren – »wir haben in einen Abgrund geblickt«, – und die Regierungen schnürten hastig Konjunkturpakete, um den weltweiten Einbruch der Nachfrage aufzufangen. Soweit man sich auf Konjunkturindikatoren verlassen kann, scheint dies gelungen zu sein. Doch darf man nicht ausblenden, was sich hinter diesen Indikatoren verbirgt. In den USA stabilisieren Transferausgaben (staatliche Geld- oder Sachleistung ohne Gegenleistung) das Konsumniveau. Subventionen für den Erwerb sowie für das Halten von Immobilien haben den Einbruch im Immobiliensektor mildern können. Solange aber zu wenig

produktive Arbeitsplätze geschaffen werden, aus denen originäre Kaufkraft fließt, ist die Gefahr eines *double dip* (erneuter Rückfall der Konjunktur in die Rezession) nicht gebannt. Für die deutsche Wirtschaft, die sich nach einem tiefen Einbruch erstaunlich robust gezeigt hat, gilt, dass der stark anspringende Export sie aus der Krise gezogen hat. Und die Exportströme, vor allem aus dem Automobil-Sektor, weisen vornehmlich in Richtung China. Die chinesische Regierung hat ihre Exporteinbrüche auf dem US-amerikanischen Markt durch ein Konjunkturprogramm aufgefangen, das mit 450 Milliarden Euro das deutsche um das Vierfache überstieg. Zugleich hat sie über ihre Billig-Geld-Politik den Immobilienboom in China angeheizt. Die Preise für Grundstücke und Immobilien sind insbesondere an der Ostküste so in die Höhe geschossen, dass die meisten Chinesen Wohneigentum nicht mehr erwerben und junge Paare die Mieten für entsprechende Appartements nicht mehr erwirtschaften können. Um den Boom nicht weiter anzuhetzen, beschreitet die chinesische Regierung einen ähnlichen Weg wie seinerzeit die US-Zentralbank: Sie erschwert den Ankauf von Immobilien, indem sie ein nachgewiesenes Eigenkapital in Höhe von 50 Prozent vorschreibt und die Banken anweist, bei der Vergabe von Immobilienkrediten restriktiv vorzugehen. Wenn daraufhin die Preise für Immobilien zum Stillstand kommen oder sogar sinken, kann dies einen Preisverfall wie in den USA auslösen. Da nach Schätzungen die Bauindustrie in China derzeit 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht und über vor- und nachgelagerte Produktion (etwa Baustoffe und Möbelindustrie) die gesamte Industrie dominiert, wird ein Einbruch in der Immobilienwirtschaft die chinesische Wirtschaft auf Talfahrt schicken. Hat die Immobilienkrise in den USA die Welt über den Finanzierungsweg mit dem Krisenbazillus angesteckt, so wird sie im Falle Chinas hauptsächlich über die realwirtschaftliche Übertragung infiziert. Da aber die Weltwirtschaft immer noch labil ist, kann der Ausfall der chinesischen Konjunkturlokomotive ähnliche Auswirkungen haben wie das Platzen der US-Immobilienblase. Dann gerieten auch die Banken wieder in Bedrängnis, und die zarten Konjunkturpflänzchen gingen ein. Ob es so kommt, kann niemand mit Bestimmtheit sagen, da wir es mit einem dynamischen Prozess zu tun haben, auf den Kräfte einwirken, die wir in ihrer Gesamtheit nicht abschätzen können. Wir wissen aber, dass dieses Szenario im Bereich des Wahrscheinlichen anzusiedeln ist. Sollte es eintreten, so stünden wir schlechter da als nach der Immobilienkrise, da nun der Verschuldungsgrad der einzelnen Staaten dermaßen hoch ist, dass Kapitalanleger kaum noch bereit sind, die Staatstätigkeit zu finanzieren. Sollten dann weltweit diese Defizite mit der Notenpresse gedeckt werden, dann werden die Sparer verzweifelt nach einem *safe haven* Ausschau halten, um sich vor der Inflation zu schützen. Aber – wie gesagt – es ist nur ein Szenario.



Foto: Hansestadt Lübeck

Die Ungleichheit der sozialen Chancen hat zugenommen. Die Kinder, die in einem meist gut gepolsterten sozialen Nest aufwachsen, müssen – wie Thomas, Christian und Tony Buddenbrook – um ihren Aufstieg und Erfolg nicht mehr kämpfen. Wirtschaftliche Vermögen und in hohem Maß auch das »Bildungskapital« werden vererbt. Das sichert den Nachkommen der Gutsituierten einen für die anderen kaum mehr einholbaren sozialen Vorsprung. Symbol dafür ist auch das Buddenbrook-Haus in Lübeck.

Der kollektive Buddenbrooks-Effekt

Von Christoph Deutschmann

Die Finanzkrise erklärt sich nicht allein durch menschliches Versagen. Ihre Ursachen sind auch gesellschaftlich bedingt: Die Entwicklung der hoch entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften verläuft ähnlich wie der Aufstieg und wirtschaftliche Niedergang der Kaufmannsfamilie Buddenbrook.

Die gängigen Erklärungen der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise lassen sich unter dem Stichwort »menschliches Versagen« zusammenfassen: Die Banken hätten aus Gier und Leichtfertigkeit ein viel zu großes Rad gedreht, es seien spekulative Pyramiden von unvorstellbaren Dimensionen aufgetürmt worden, die Analysten, Rating-Agenturen und Aufsichtsinstanzen hätten versagt und so weiter. Diese Argumente sind fast alle richtig, reichen aber nicht aus. Sie werden erst recht problematisch, wenn mit ihnen suggeriert werden soll, das System globaler Finanzmärkte sei an sich in Ordnung, und lediglich die Akteure hätten versagt.

Erfolg des Kapitalismus

Im Folgenden skizziere ich einen soziologischen Ansatz zur Erklärung der Krise, den ich mit dem Stichwort »kollektiver Buddenbrooks-Effekt« bezeichne. Seine Kernaussage lautet, dass der Aufstieg und Niedergang der Kaufmannsfamilie Buddenbrook, den Thomas Mann in seinem berühmten Roman beschreibt, sich in der kollektiven Entwicklung der reifen kapi-

talistischen Industriegesellschaften wiederholt. Wir haben es heute mit Problemen zu tun, die nicht auf das Versagen des Kapitalismus, sondern gerade auf seinen Erfolg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückzuführen sind. Diese These begründe ich wie folgt:

- (1) Als Folge des anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg sind die privaten Finanzvermögen in den OECD-Ländern seit Jahrzehnten um ein Mehrfaches stärker gewachsen als das Sozialprodukt.
- (2) Finanzvermögen basieren auf Kontrakten zwischen Gläubigern und Schuldern. Eine Rendite können die Vermögen nur dann abwerfen, wenn es genügend Schuldner gibt, die in der Lage sind, das aufgenommene Kapital mit Zins und Zinseszins zurückzuzahlen. Mit den wachsenden Vermögen müsste es also zugleich immer mehr »gute«, das heißt zahlungsfähige Schuldner geben.
- (3) »Gute« Schuldner sind unternehmerische Individuen im weitesten Sinne, die aus ihrem Leben etwas machen und sozial aufsteigen wollen – nicht über eine bürokratische

Foto: Münster





Christoph Deutschmann

ist Professor für Soziologie an der Universität Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Arbeits- und Wirtschaftssoziologie. Der Beitrag basiert auf der Publikation Christoph Deutschmann: Die Finanzmärkte und die Mittelschichten: der kollektive Buddenbrooks-Effekt, in: Leviathan 36/4, S. 502-517 (2008)

Karriere, sondern durch den Erfolg am Markt. Dieser soziale Typus verliert aber gerade in den reifen Industrieländern an Bedeutung. Und wo es die unternehmerischen Individuen noch gibt, haben sie es immer schwerer. Dabei spielen verschiedene sozialstrukturelle Veränderungen eine Rolle: Zum einen gelang in den Jahrzehnten vor der Jahrtausendwende vielen Menschen der soziale Aufstieg: Die Mittelschichten sind gewachsen, die Arbeiterschichten sind zurückgegangen. Obwohl die Ungleichheit der Vermögensverteilung sogar noch zugenommen hat, bildeten sich auch in den oberen Mittelschichten beachtliche Finanzvermögen. Viele dieser Gutverdienenden sind akademisch gebildet und haben sich komfortable berufliche Positionen – meist als höhere Angestellte und Beamte, nicht aber als Selbständige – erarbeitet. Das lässt den Drang nach weiterem sozialem Aufstieg schwächer werden. Geld ist zwar unvermindert begehrt, die unternehmerische Arbeit mit ihren Risiken als notwendiges Gegenstück dagegen immer weniger. Die anlagensuchenden Finanzvermögen nahmen stark zu, nicht nur als Folge der fortschreitenden Vermögensanhäufung bei den Eliten, sondern auch des wachsenden Reichtums der Mittelschichten. Mit dem relativen Schrumpfen der Unterschichten ging auch die Anzahl möglicher Schuldner zurück.

Ein weiterer Faktor ist die Verriegelung der Aufstiegswege und die Verschlechterung der Chancen für die nachfolgende Generation. Die neuere soziologische Mobilitätsforschung hat gezeigt, dass die Ungleichheit der sozialen Chancen zugenommen hat. Die Kinder der sozialen Aufsteiger wachsen in einem meist gut gepolsterten sozialen Nest auf. Sie müssen – wie Thomas, Christian und Tony Buddenbrook – um ihren Aufstieg und Erfolg nicht mehr kämpfen. Wirtschaftliche Vermögen und in hohem Maß auch das »Bildungskapital« werden vererbt. Das sichert den Nachkommen der Gutsituiereten einen für die anderen kaum mehr einholbaren sozialen Vorsprung. Deshalb ist es für die Jüngeren aus den unteren Schichten deutlich schwieriger geworden, beruflich aufzusteigen. Vor allem die Chancen der Geringqualifizierten haben sich so verschlechtert, dass diese kaum mehr auf den sozialen Erfolg zu hoffen scheinen. Es hat sich hier ein Teufelskreis zwischen der objektiven Verschlechterung sozialer Chancen und subjektiver Resignation entwickelt. Das sich anbahnende Ungleichgewicht an den Vermögensmärkten wird folglich nicht nur durch das Schrumpfen der Anzahl möglicher Schuldner beeinflusst, sondern auch dadurch, dass die Aufstiegsmobilität zunehmend blockiert ist. Das bremst den Aufstiegswillen der nachfolgenden Generationen.

Dazu kommen die Veränderungen der demografischen Struktur: Mit dem Geburtenrückgang und der Alterung der Bevölkerung geht die Zahl zukunftsorientierter Menschen und unternehmerischer Individuen zurück. Auch dadurch kommt

es zu einem wachsenden Übergewicht der Rentiers gegenüber den »guten« Schuldnern.

Vor diesem Hintergrund kann der in Deutschland und in anderen entwickelten Industrieländern seit langem zu beobachtende Überschuss an anlagensuchenden Geldvermögen nicht überraschen. Bis vor einigen Jahren galt der Kapitalmarkt der USA als sicherer Hafen für diese vagabundierenden Kapitalströme. So wurde jene Blase aufgepumpt, die im Jahr 2008 geplatzt ist. Die Krise zeigt, dass die Globalisierung der Finanzmärkte das Problem der Überliquidität nicht gelöst, sondern eher noch verschärft hat. Die Finanzindustrie hat versucht, es durch die Konstruktion spekulativer Finanzprodukte zu umgehen. Außerdem wurden die Anforderungen an die Zahlungsfähigkeit von Schuldnern immer weiter herabgesetzt und die Kreditrisiken durch Verbriefung unkenntlich gemacht. Die Folgen sind bekannt.

Dominanz des Rentiers

Ich behaupte, dass wir es mit einer strukturellen Dominanz der Finanz-Rentiers über die unternehmerischen Kräfte in der Gesellschaft zu tun haben. Sie wird durch die Schlüsselrolle der Kapitalmarktfonds und Investmentbanken gefördert. Es ist eine Situation entstanden, in der – auf der einen Seite – die große Mehrheit der Bevölkerung gerne mehr Geld ausgeben und auch dafür arbeiten würde, sofern die Arbeitsplätze da wären. Auf der anderen Seite verfügt eine Minderheit über so viel Geld, dass sie es beim besten Willen nicht konsumieren kann. Sie kann es aber auch nicht investieren, denn so viele profitträchtige Investitionsmöglichkeiten gibt es gar nicht. Das »Versagen« der Banken ist also nur ein Symptom für ein gesellschaftliches Ungleichgewicht.

Wie geht es weiter? Die staatlichen Rettungsaktionen haben die Probleme nicht gelöst, sondern die Bankenkrise in eine staatliche Schuldenkrise verwandelt. Die Regierungen werden viel energischer als bisher nach Wegen suchen müssen, das für die Bankenrettung und Konjunkturstützung ausgegebene Geld wieder hereinzuholen – bei den Verursachern der Krise und dort, wo es vorhanden ist, bei den großen privaten Vermögen. Die Steuern auf Finanzvermögen und private Vermögenserträge müssten deutlich erhöht werden, eine internationale Steuer auf Kapitalmarkttransaktionen erhoben, Steueroasen wirklich ausgetrocknet werden. Der gesamte Finanzsektor und seine Kunden werden sich an wesentlich geringere Renditen gewöhnen müssen. Gleichzeitig kommt es aber auch darauf an, die Position der realen Unternehmer gegenüber den Rentiers und den »Finanzinvestoren« zu stärken. Die Kreditversorgung der Unternehmen muss zu angemessenen Konditionen sichergestellt werden. Schließlich muss das Bildungssystem reformiert und der Benachteiligung der unteren Schichten energischer entgegengearbeitet werden als bisher.

bezirkskliniken schwaben mehr nähe

Die Bezirkskliniken Schwaben stehen für ein umfassendes und hochwertiges Versorgungsspektrum in den Bereichen der Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik sowie Neurologie und Neurochirurgie. Wohnortnah bieten wir medizinische Qualität auf höchstem Niveau für die Menschen in der Region Schwaben. Mit unseren Kliniken und Ambulanzen in Augsburg, Günzburg, Donauwörth, Kaufbeuren, Kempten, Lindau und Memmingen versorgen wir jährlich mit rund 3300 Beschäftigten über 60000 Patienten, davon circa 20000 stationär und sind somit eines der größten Klinikunternehmen in Bayern. In unseren Pflegeheimen für seelische Gesundheit leisten wir individuell konzipierte Hilfe für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung.

„Berufung und Entwicklung erleben –
in guter Atmosphäre.“

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Bezirkskliniken Schwaben
Dr.-Mack-Straße 4
86156 Augsburg

www.bezirkskliniken-schwaben.de





Der Markt bestimmt den Preis – und nicht der Wert einer Sache.

Zeichnung: Hobbberger

Vergötzung des Marktes und Anarchie der Finanzindustrien

Von Heiner Geißler

Die Realwirtschaft steht im Dienste einer anarchischen internationalen Finanzindustrie, die das eigentliche Wachstum der Wirtschaft längst überholt hat. Das kapitalistische System braucht dringend eine humane Alternative.

Nach Aristoteles ist die Politik das Bemühen, das geordnete Zusammenleben der Menschen zu ermöglichen. Etwas lässt sich empirisch feststellen: Die Welt ist in weiten Teilen in Unordnung. Die globale Wirtschaft erscheint als eine Welt der Anarchie, ohne Gesetz, ohne Regeln, ohne soziale Übereinkünfte, in der die Privatwirtschaft eine entscheidende Rolle spielt, von der aber auch die Mafia, die Drogendealer und die Terroristen ebenso profitieren wie kapitalistische antidemokratische Systeme wie China. Ziel der Sozialen Marktwirtschaft, umgesetzt von Ludwig Erhard, war aber gerade der geordnete Wettbewerb. Ludwig Erhard schuf die Kartellgesetzgebung, das Bundeskartellamt und die Fusionskontrolle aus der Erkenntnis heraus, dass es ohne geordneten Wettbewerb auf die Dauer immer mehr Monopole und Oligopole gibt und kleine und mittlere Betriebe immer weniger Chancen haben. Nun ist dies, vor allem in der Finanzwirtschaft, die nahezu unaufhaltsame Entwicklung. Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler hat die internationalen Finanzmärkte als »Monster« bezeichnet, die kontrolliert werden müssten. Erstaunlich ist, dass diese zutreffende Beschreibung nicht schon viel früher erfolgt ist. Musste man auf den weltweiten Hypothekenkreditskandal, bei dem nach

Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) über eine Billion Dollar vernichtet worden sind, warten, um in Wissenschaft und Politik die längst fällige Diskussion über die Anarchie der globalen Kapitalmärkte in Gang zu setzen? Große Teile der globalen Finanzindustrie kennen nach wie vor keine wirksame staatliche Kontrolle und Aufsicht. Die Manager des Welthandels mit Wertpapieren und Finanzprodukten regulieren ihre Angelegenheiten weitgehend selbst. Jeden Tag werden an den internationalen Börsen über zwei Billionen Dollar umgesetzt und innerhalb dieser 24 Stunden noch einmal um Hunderte Milliarden Dollar zur weiteren Gewinnmaximierung hin- und hergeschoben, wobei dann ein Teil des Geldes steuerfrei in den sogenannten Off-Shore-Centers mitten in Europa auf den Kanalinseln, in der Schweiz, in Liechtenstein, auf den Bermudas und den Kaimaninseln geparkt wird. Dieses internationale Finanzgeschäft hat das Wachstum der Wirtschaft inzwischen weit überholt. 1980 lag der Wert aller Finanzanlagen der Welt, also Aktien, Anleihen und Schuldtitel aller Art sowie Einlagen auf Bankkonten bei rund zwölf Billionen Dollar und entsprach damit in etwa dem Wert der realen ökonomischen Wertschöpfung. Bis heute hat sich



Heiner Geißler

studierte Philosophie und Jura unter anderem in Tübingen, wo er 1960 promovierte. Der langjährige Politiker (Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend und Sport von Rheinland-Pfalz und Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit) ist seit 2007 Mitglied von Attac.

dieser Wert um das Zehnfache, nämlich auf 140 Billionen Dollar, gesteigert und ist knapp dreimal so groß wie das heutige Weltbruttoinlandsprodukt von ungefähr 50 Billionen Dollar. Diese Entwicklung war vor allem begründet in dem immer schneller betriebenen »global gambling«, dem internationalen Spiel der Spekulanten mit Devisen, Derivaten und anderen Finanzprodukten. Mit der Größe der Finanzindustrie wuchs zudem der politische Einfluss. Diejenigen Professoren und Journalisten, die diese Entwicklung seit Jahren publizistisch propagiert haben, entpuppen sich auf diesem Hintergrund als zwar arglose, aber nützliche Idioten und Werkzeuge dieser unkontrollierten Mächte.

Ökonomisierung der Gesellschaft

Friedrich von Hayek und Milton Friedman, von dem der Sozialwissenschaftler und Ökonom Alexander Rüstow meinte, er »gehöre in Spiritus gesetzt ins Museum« des Frühkapitalismus, und ihre Adepten im Sachverständigenrat und den meisten wirtschaftswissenschaftlichen Instituten ersetzen die Soziale Marktwirtschaft durch die neokapitalistische Trias Privatisierung, Deregulierung, Deformierung des Sozialstaats und desavouierten gleichzeitig die antizyklische Wirtschaftspolitik des John Maynard Keynes. Die neoliberale Wirtschaftstheorie bestimmte seit Anfang der 1980er-Jahre bis auf den heutigen Tag, wenn auch mit ständig sinkender Kompetenz, die Wirtschaftspolitik in Deutschland mit negativen Folgen beispielsweise der Treuhandpolitik in den neuen Ländern ab 1990. Der derzeitige wirtschaftliche Aufschwung ändert nichts daran, dass dieses Wirtschaftssystem von immer mehr Menschen als zutiefst unsittlich empfunden wird und nicht konsensfähig ist. Der Kapitalismus ist genau so falsch wie der Kommunismus. Das Kapital hat den Menschen zu dienen und nicht sie zu beherrschen. Heute ist es umgekehrt. Die totale Ökonomisierung der Gesellschaft bis in das Bildungs- und Gesundheitswesen hinein und die Degradierung des Menschen zum Kostenfaktor sind die Todsünden des Kapitalismus. Notwendig ist eine internationale sozial-ökologische Marktwirtschaft mit einer starken Kontrolle der internationalen Finanzsysteme, die Schließung der Off-Shore-Centers, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Beschränkung der europäischen und amerikanischen Agrarsubventionen, die zum Beispiel Millionen von Afrikanern arbeitslos machen, und eine Reform der globalen Institutionen wie Weltbank, IWF und Welthandelsorganisation (WTO). Diese macht der Nobelpreisträger Josef Stiglitz dafür verantwortlich, dass die Globalisierung bisher schief gelaufen ist. Die Ideologie der Marktgläubigkeit ist gescheitert. Die Vergötzung des Marktes ist der Bankrott des kapitalistischen Systems.

Noch bis in die 1980er-Jahre hinein waren Banken und Versicherungen Dienstleister für die Wirtschaft und den Staat, die mit den Krediten der Finanzbranche ihre Investitionen

finanzierten. Das hat sich völlig umgekehrt. Die Realwirtschaft steht im Dienste der Finanzindustrie, die einen immer größeren Teil der Gewinne auf sich zieht. Ungefähr 50.000 Bankmanager, Broker und Händler bestimmten in der Vergangenheit, wo es langging. Die Gier nach Geld zerfraß die Hirne dieser Menschen und veranlasste sie, mit immer neuen Finanzmanipulationen und Finanzinnovationen immer höhere Gewinne regelrecht zu erschwindeln. Sonny Kapoor, ein ehemaliger Derivatenhändler, beschreibt die heutige Situation mit einem drastischen Vergleich: »Das Finanzsystem ist früher wie ein Auto auf glatter Straße gefahren, der Fahrer war ausgebildet, und es gab Verkehrsregeln und Kontrollen«. Heute dagegen gleicht der Markt »einer großen Zahl von Lastwagen, die mit Brennstoff beladen auf einer Landstraße voller Schlaglöcher Rennen fahren«. Das ganze System ist von der Wurzel her verdorben. Die Krise hatte nicht nur ahnungslose deutsche Provinzbanker erfasst, die tölpelhaft die Bankenaufsicht aushebeln wollten, sondern genauso die großen Weltbanken, von der französischen Société Générale, der schweizerischen UBS bis zu Goldman Sachs. Das Schlimme ist, dass alle weitermachen, als sei nichts geschehen, weil die Reform bisher an den USA und Großbritannien wegen der dort vorhandenen Verfilzung der Finanzindustrie und der Politik gescheitert ist. Die nächste Krise ist daher abzusehen.

Ohne humane Alternative zum jetzigen kapitalistischen System, ohne Achtung der Menschenwürde und ohne solidarische Standards, die Lohnsklaverei, Ausbeutung, Kinderarbeit und Zerstörung der Natur verbieten und verhindern, ist eine humane Weltwirtschaftsordnung und Weltfriedensordnung nicht möglich. Die Alternativen sind Blutvergießen, Wirtschaftskriege um knappe Ressourcen wie Energie und Wasser, Überhandnahme des Fundamentalismus und ein weltpolitisches Chaos, das dann auch vor den Toren Europas und der USA nicht halt machen wird.



Banken sollten Dienstleister für die Wirtschaft und den Staat sein und nicht die Realwirtschaft beherrschen.

Foto: N. Kalb



Die New Yorker Börse »früher«, als die Finanzmärkte noch in Ordnung waren.

Foto: Grohe

Finanzmärkte und Realwirtschaft immer in der Krise?

Von Wilhelm Kohler

Die aktuelle Finanzkrise ist kein neues Phänomen: Seit 1800 durchlaufen die entwickelten Länder in etwa sieben Prozent aller Jahre Finanzkrisen – stets mit erheblichen realwirtschaftlichen Einbrüchen. Eine »ganz normale schwere« Krise also?

Die Finanzkrise in aller Kürze: Zwischen 2006 und 2009 verloren die privaten Häuser in den USA und anderen Ländern im Durchschnitt 30 Prozent ihres Verkehrswertes. Zwischen November 2007 und Oktober 2008 ging der Wert der Aktien weltweit um etwa 26 400 Milliarden US-Dollar (etwa 45 Prozent) zurück. Die krisenbedingten Abschreibungen des Bankensektors werden bis dato auf 2 300 Milliarden Dollar geschätzt. Zum Vergleich das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands 1999: 3 353 Milliarden Dollar.

Die realwirtschaftlichen Konsequenzen: Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt für die Welt, dass zwischen 2008 und 2015 kumulativ betrachtet die Produktion krisenbedingt 4 700 Milliarden Dollar verlieren wird. Die Arbeitslosenraten stiegen im OECD-Mittel von 7,4 Prozent im Jahr 2008 auf 9,4 Prozent im Jahr 2009. Für 2010 und 2011 erwartet die OECD 10,1 Prozent. Deutschland verharre aufgrund beschäftigungspolitischer Maßnahmen bei einer Unterbeschäftigung von etwa 7,5 Prozent. Die Rezession hat aber auch Deutschland erfasst: Die Outputlücke (Produktionspotenzial minus tatsächliches Inlandsprodukt) stieg von minus 0,9 Prozent 2008 auf 5,2 Prozent 2009. In 2010 geht man von 4,4 Prozent aus.

Die Ursache? Entzauberte Vermögensillusionen. Der IWF schätzte in seinem Finanzstabilitätsbericht 2008 für US-Hypothekendarlehen oder davon abgeleitete Finanzprodukte einen zu erwartenden Gesamtverlust von 500 Milliarden Dollar. Viel, gewiss, aber kann dies das gesamte Ausmaß der nachfolgenden Finanzkrise und der Rezession erklären? Der genannte Einbruch an den Aktienmärkten betrug mehr als das 50-fache, der Outputverlust das 10-fache dieses Wertverlusts! Woher diese enormen Verstärkungsfaktoren? Ist die Realwirtschaft hier zum Spielball der Finanzmärkte geworden? Ist das Finanzmarktgeschehen überhaupt noch im realwirtschaftlichen Geschehen verankert oder wird alles getrieben von Erwartungsspiralen, die – durch die Realität entzaubert – irgendwann in eine realwirtschaftliche Katastrophe münden?

Ein grundsätzlicher Punkt: Die Trennung zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft ergibt eigentlich wenig Sinn. Der Finanzsektor produziert etwas nicht minder Reales als etwa die Autoindustrie. Er überbrückt die Diskrepanz zwischen dem Wunsch der Sparer nach gut kalkulierbarer Verlagerung von Konsumansprüchen in die Zukunft und dem Wunsch der Investoren, gute Ideen zu realisieren, auch wenn dies ihre



Wilhelm Kohler

ist seit 2004 Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Volkswirtschaftslehre an der Universität Tübingen. Zuvor hatte er Professuren in Konstanz, Essen und Linz inne.

eigene Bereitschaft und Fähigkeit zu Konsumverzicht übersteigt. Die Diskrepanz betrifft zwei Elemente: Risiko und Zeithorizont. Die Tragfähigkeit einer Idee (Hauskauf, Firmengründung) ist ex ante stets mit Risiko behaftet, und sie übersteigt häufig den Zeithorizont des einzelnen Sparerers. Finanzmärkte überbrücken diese Lücken und ermöglichen Investitionsprojekte, deren Risiko zu übernehmen kein einzelner Sparer je bereit gewesen wäre. Finanzmärkte sind also nicht aufgrund dubioser Praktiken mit Risiko behaftet, sondern sie sind definitionsgemäß essentiell mit Risiko befasst.

Exzessives Risiko und Ansteckungseffekte

Banken wollen und müssen natürlich auch Geld verdienen. Dies tun sie vor allem durch Finanzinnovationen, das heißt neue Anlageformen, mit denen – idealiter – die erwähnte Risiko- und Fristentransformation verbessert wird. Leider weicht die Realität von den Idealbedingungen ab: Asymmetrisch verteilte Information und verkehrte Anreizbedingungen führen dazu, dass insgesamt zu viel Risiko eingegangen wird. Der einzelne Sparer trägt dann de facto mehr Risiko, als er eigentlich will, ja als ihm überhaupt bewusst wird. Irgendwann wird exzessives Risiko durch faktische Entwicklungen offenbar – es kommt zur Finanzkrise.

In ihrer Gesamtheit betrachtet halten die Akteure auf modernen Finanzmärkten ganze Kaskaden von Zahlungsverprechen für die Zukunft, etwa der Bedienung und Rückzahlung eines Hypothekendarlehens oder auch von Zahlungen aus Firmenanleihen. Die aus den Zahlungsverprechen realistischere zu erwartenden Zahlungen stellen die Aktivseite eines Finanzintermediärs dar. Finanziert wird all dies entweder über Einlagen oder Eigenkapital, die Passivseite. Je höher der Anteil der Einlagen (»leverage«), umso höher die Rendite auf das Eigenkapital, umso höher aber auch das Risiko für den Sparer! Ein ebenso offensichtlicher wie alter Konflikt – ein Grund für die Finanzmarktregulierung.

Nun kann man aber einen bestimmten Finanztitel auch halten wollen, weil man eine Kurssteigerung für diesen Titel erwartet. Entsteht im Markt diese Erwartungshaltung, steigt die Nachfrage, und die Erwartung schafft – sozusagen aus eigener Kraft – die Grundlage für die erwartete Preissteigerung. Geschieht all dies völlig losgelöst von den erwarteten Zahlungen aus dem zugrundeliegenden Zahlungsverprechen (»Fundamentalwert«), dann entsteht eine »Vermögenspreisblase«. Das kann bei allen handelbaren langlebigen Dingen eintreten – bei Häusern, aber auch bei handelbaren Finanztiteln, wie beispielsweise Aktien, und es wird durch Ansteckungseffekte potenziell verstärkt und fortgepflanzt. Aber es kann nicht von Dauer sein, wie uns die Jahre 2007 und 2008 erneut gezeigt haben. Eine geringfügige Änderung der Erwartungshaltung kann zu einem massiven Einbruch der Vermögenswerte führen – der Prozess dreht sich um, meist mit deutlicher Beschleunigung.

Was ist der Effekt eines solchen Einbruchs? Betroffene Individuen fühlen sich plötzlich ärmer als zuvor, sie werden ihre Konsumausgaben einschränken – ein erster Auslöser der realwirtschaftlichen Rezession. Besonders tückisch wird es, wenn Banken betroffen sind. Wertminderungen bei ihren Aktiva bedingen zunächst Eigenkapitalverluste, es kommt zu unerwünschter Zunahme des »leverage«. Die Anpassung kann erfolgen durch Aufnahme neuen Eigenkapitals, Verkauf von Vermögenswerten, was den Prozess noch erweitern und beschleunigen kann, oder Reduktion der Darlehensgewährung, was die Finanzierungsbedingungen für Realinvestitionen erschwert – ein zweiter Auslöser der realwirtschaftlichen Rezession. Sehen Anleger die Gefahr der Insolvenz, droht ein Einlagenentzug – im Extremfall ein Ansturm auf die Bank.

Im Zuge der 1999 beginnenden Umkehr der »dotcom«-Aktienkursblase entstanden Kursverluste, die kaum geringer waren als jene der Jahre 2007 und 2008. Aber der realwirtschaftliche Einbruch war viel geringer: Outputlücken von gerade einmal einem Prozent – verglichen mit über fünf Prozent im Jahre 2009. Der Grund: Die »dotcom«-Blase hatte kaum zusätzliche Verschuldung bewirkt. Die Hauspreisblase in den USA (plus 70 Prozent von 1999 bis 2006) wurde zum Anlass für verschuldungsfinanzierte Konsumausgaben genommen. Aus Sicht der Banken waren diese Kreditgewährungen nur unter der Annahme weiterer Preissteigerungen überhaupt sinnvoll. Mit dem Zusammenbruch der Preisentwicklung wurde daraus ein Weg in die Krise.

Treibsalz der Krise

US-Banken vergaben Kredite, nur um sie dann – mehrfach gebündelt und in Tranchen gestückelt – sofort weiterzukaufen, auch an deutsche Banken. Der Anreiz für die Kreditvergabe bestand in dem erzielten Aufschlag (»fixed fee«), und nicht in der Erwartung von Zins- und Rückzahlungen, wie »früher«, als Banken vergebene Kredite noch bis zur Fälligkeit in den Büchern hielten. Das Anreizproblem liegt auf der Hand: Die Darlehen wurden recht »offensiv« mit relativ geringem Risikoaufschlag an zweifelhafte (»sub-prime«) Kreditnehmer vermarktet. Der Fundamentalwert von solcherart durch Hypotheken gesicherten Kreditverbriefungen ergibt sich aus einer Vielzahl von verschiedenen Zahlungsverprechen, die dem Käufer meist gar nicht bekannt sind. Wie viel ist so etwas wert? Es sollte sich herausstellen, dass die etablierten Bewertungsmodelle diese Frage nicht befriedigend beantworten konnten. Die abgestufte Verbriefung von Krediten ist eine naheliegende Finanzinnovation und mitnichten absurd. Zum Treibsatz einer Krise wird sie indes in einer Umgebung mit adversen Anreizstrukturen und mit Bewertungsmodellen und -praktiken, die auf eine systematische Unterbewertung von Risiken hinauslaufen. Bleibt zu hoffen, dass diese Erfahrung zu einer verbesserten Finanzmarktregulierung führen wird. Bislang wurden nur Teilerfolge erzielt. Die Zeit wirkt nicht zu unseren Gunsten.

Glücksspiele werden staatlich monopolisiert (hier das Casino Baden-Baden), Finanzwetten dagegen sind erlaubt.



Foto Casino Baden-Baden

Sinnlose Finanzwetten schrittweise unterbinden

Von Ferdinand Kirchhof

In der Öffentlichkeit läuft die Suche nach den Schuldigen für die Finanzkrisen. Doch wichtiger wäre es, die Ursachen zu klären und die Therapie einzuleiten. Vorgeschlagen wird, die Staatsverschuldung einzudämmen, die Banken stärker an Eigentümerinteressen auszurichten und schrittweise die ökonomisch sinnlosen Finanzwetten zu verbieten.

Innerhalb von nur zwei Jahren haben zwei Finanzkrisen die Märkte erschüttert. 2008 ließ die erste Krise den weltweiten Kreditmarkt versiegen. Die zweite Krise ging 2010 vom Euro aus, gefährdete jedoch ebenfalls das globale Finanzsystem. Die Öffentlichkeit konzentrierte sich leider auf die Suche nach den »Schuldigen«. Gewiss waren gierige Anleger, verantwortungslose Finanzmanager und leichtsinnige Banken, Investmenthäuser, Versicherungen oder Rating-Agenturen Mitverursacher. Die Fahndung nach den Schuldigen dient aber eher dem Bedürfnis der Öffentlichkeit, Täter zu bestrafen, als dem Ziel, künftige Finanzkrisen zu vermeiden. Zu diesem Zweck muss man die Ursachen beider Finanzkrisen emotionslos untersuchen und nach einer distanzierten Diagnose zur Therapie schreiten. Die objektiven Ursachen beider Krisen lassen sich recht rasch identifizieren. Ausgangspunkt der Finanzkrise des Jahres 2010 war zweifelsohne die übermäßige Verschuldung des griechischen Staats. Dass der hohe Staatskredit von heute in eine übermäßige Steuerlast von morgen mündet und der jetzigen Generation erlaubt, auf Kosten künftiger zu leben, ist bekannt.

Weil sich das griechische Staatsdefizit in Euro darstellte, schwappte die Krise zugleich auf den gesamten Raum der europäischen Währung über. Es liegt auf der Hand, dass Eindämmung und Abbau der Staatsverschuldung und die Einrichtung eines europäischen, zuverlässigen Mechanismus zur Vermeidung übermäßiger Verschuldung unerlässlich sind.

Neigung zu riskanten Geschäften

Zwei weitere Hauptursachen sollten rasch vom Staat und seiner Rechtsordnung geändert werden, um künftig Krisen zu vermeiden. Dabei handelt es sich zum einen um das in den ökonomischen Wissenschaften längst bekannte »Principal-Agent«-Problem, das sich wegen der weltumspannenden Finanzmärkte und der Neuerungen bei den Finanzinstrumenten erheblich verschärft hat. Private Banken und Versicherungen tragen zur Instabilität des Finanzmarkts bei, weil ihre leitenden Organe von Managern besetzt werden, die nicht ihre Eigentümer mit Kapitalrisiko und entsprechendem Interesse an der Erhaltung des Unternehmens sind. Die Ziele eines Bankenvorstands, der



Ferdinand Kirchhof

ist seit 1986 Professor für Finanz- und Steuerrecht an der Universität Tübingen. Er war von 2003 bis 2007 Mitglied des baden-württembergischen Staatsgerichtshofs und ist seit 2007 Richter des Bundesverfassungsgerichts, seit 2010 dessen Vizepräsident.

nur durch Dienstvertrag an sein Unternehmen gebunden ist, sind von kurzfristiger Natur. Er ist an Boni interessiert, an guten Quartalsbilanzen und hohen Renditen. Er neigt deshalb eher zu riskanten Geschäften und verliert das langfristige Unternehmensinteresse aus dem Auge. Leitet hingegen der Eigentümer selbst sein Unternehmen, wird er seine Geschäftspolitik auf langfristige Erfolge und Kapitalerhaltung ausrichten. Selbstverständlich ist es heute weder möglich noch angebracht, Banken als Einzelunternehmen oder Personengesellschaft zu gründen. Deren Aufgaben können heutzutage nur noch Kapitalgesellschaften im Fremdmanagement wahrnehmen. Man kann es aber gesetzlich wieder an die Eigentümerinteressen eines Finanzinstituts heranführen. Hierzu gibt es schon erfolgversprechende Vorschläge und Regelungen gegenüber erhöhten Boni oder zur Haftung des Managements.

Abgekoppelt von der Realwirtschaft

Zum anderen dürfte aber die entscheidende Ursache in den Finanzinstrumenten liegen, die sich seit den 1980er Jahren gebildet und mittlerweile den Finanzmarkt erobert haben: den Finanzwetten. Bei einer Wette setzt der eine auf den Eintritt eines bestimmten Ereignisses, der andere dagegen auf dessen Ausbleiben. Der gesetzte Geldbetrag geht an den Gewinner, der Gegenspieler verliert sein eingesetztes Kapital. Auf dem Finanzmarkt finden sich solche Finanzwetten in Form von Derivaten, Optionen und Zertifikaten. Sie weisen jeweils eine eigene Grundstruktur auf, dienen aber meistens allein dem Wettziel. Derivate sind Verträge über die Veränderung eines beliebigen Basiswerts, zum Beispiel von Rohstoffpreisen oder Aktienkursen in einer Branche. Anders als bei einer Aktie oder bei einem Rohstoff ist der Anleger aber gar nicht mehr am realen Austausch von Gütern und Dienstleistungen oder am ökonomischen Erfolg eines Unternehmens beteiligt und interessiert. Er benutzt deren ökonomische Daten nur, um nach Ablauf einer bestimmten Zeit aus deren Veränderung Gewinn zu erzielen. Der Vorgang ist ökonomisch völlig sinnlos, schafft keinen Mehrwert an Gütern oder Dienstleistungen, sondern befriedigt lediglich das Spiel um Gewinn. Ähnliches gilt für Optionen, bei denen keiner der Vertragspartner die Ware tatsächlich geliefert haben will, sondern nur auf die Preisdifferenz zum Optionszeitpunkt wettet. Gesteigert werden die Risiken, wenn man die Verträge verbrieft und damit als Wertpapier handelbar macht. Die so entstehenden Zertifikate bringen keine neuen Inhalte, begründen aber eine zusätzliche Gefahr für den Finanzmarkt, weil sie Derivate und Optionen in Form eines Wertpapiers zum unbegrenzten Handel frei geben. Sie verstärken die negativen Wirkungen der Finanzwetten. Diese Wetten koppeln sich von der Realwirtschaft völlig ab und errichten einen selbstreferentiellen Markt. Schon Josef Schumpeter hatte erkannt, dass die Realwirtschaft der Herr und die Finanzwirtschaft der Hund sei, dass also die Finanz-

wirtschaft allein eine dienende Funktion für die Realwirtschaft haben dürfe. Gegen Hedging-Geschäfte zur Absicherung eines realwirtschaftlichen Güteraustauschs ist nichts einzuwenden; gegen ihren von der Realwirtschaft völlig abgekoppelten Einsatz als Wette sollte man einschreiten. Wie unsinnig Finanzwetten sind, zeigen eindringlich ihre Auswüchse. Wenn ein Spekulant sich gegen den Ausfall griechischer Staatsanleihen sichert, obwohl er gar keine gekauft hat, dann will er nicht als Kreditgeber einen Verlust für sich vermeiden, sondern setzt im Gegenteil darauf, dass der Kredit ausfällt oder der Kreditnehmer seine Bonität verliert. Denn nur dann zahlt die Versicherung ihm etwas aus. Eine an sich vernünftige Kreditversicherung mutiert unter der Hand zum Spekulationsgeschäft. Man braucht derartige Finanzwetten nicht einmal aus der moralischen Perspektive zu verdammen; es genügt bereits die Feststellung, dass sie für eine Volkswirtschaft unnützlich sind und sogar Wirtschaft und Staat zum Kollaps bringen können.

Derartige Finanzwetten waren früher nach deutschem Recht verboten. Gesetzesänderungen in den letzten beiden Jahrzehnten haben sie erst für das Publikum zugelassen. Sie führen sogar zu einem Widerspruch in der deutschen Rechtsordnung. Der Staat hält den Bürger grundsätzlich von Wetten fern. Sogar die im Verlustrisiko geradezu harmlosen Lotterien werden beim Staat monopolisiert. Die §§ 284 ff. des Strafgesetzbuchs stellen unerlaubte Glücksspiele, § 287 die unerlaubte Veranstaltung von Lotterien unter Strafe. Es bleibt unerfindlich, warum das grundsätzlich verbotene Glücksspiel in Form von Derivaten und Optionen für das allgemeine Publikum zugelassen und deren Verbriefung in Form von Zertifikaten vom Staat geduldet wird. Hier wäre es dringend an der Zeit, die sinnlosen und gefährlichen Finanzwetten zu unterbinden. Man wird dabei in Zwischenschritten vorgehen müssen, also etwa Banken und Investmenthäusern den Eigenhandel untersagen, sie zu einem bestimmten Eigenbehalt verpflichten und verhindern, dass sie diese gefährlichen Geschäfte aus ihrer Bilanz herausdrücken und in Conduit-Gesellschaften parken. Ferner könnte man eine Zulassungspflicht für Derivate, Optionen und Zertifikate an der Börse einführen, ihre Standardisierung gesetzlich erzwingen oder den Handel mit ihnen auf Kaufleute beschränken. Eine erwägenswerte Alternative wäre es auch, wie beim Wechsel für den Handel mit Zertifikaten eine Indossamentpflicht vorzusehen, sodass derjenige, der durch sein Indossament ein Zertifikat weitergibt, dem Nacherwerber für die Bonität des Papiers haftet. Ein partielles Verbot von Finanzwetten wird heute vorgesehen mit der Untersagung der Leerverkäufe von Aktien oder des Abschlusses von Kreditversicherungen durch Dritte, die den Kredit gar nicht vergeben haben. Es gibt genügend Techniken, sich schrittweise dem Verbot von Finanzwetten zu nähern und es dann vollständig durchzusetzen. Wichtig ist nur, dass die Gemeinschaft der Staaten endlich entschlossen handelt, damit wir nicht in die nächste Finanzkrise schlittern.

Wo staatliches Handeln an rechtliche Grenzen stößt

Von Stefan Thomas

Die staatliche Bankenrettung war notwendig. Sie hat aber mit dem Wettbewerbsprinzip gebrochen. Wer groß und systemrelevant ist, dem wird geholfen. Das ist ein gefährliches Signal. Ebenfalls problematisch sind aber aktuelle Überlegungen, Risiken durch Entflechtung von Banken zu begegnen.

Nach der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers kam es auf der ganzen Welt innerhalb kurzer Zeit zur Schiefelage weiterer Geldinstitute. Diese Kettenreaktion wirkte sich schnell auf die Realwirtschaft aus, weil diese von funktionsfähigen Kapitalmärkten abhängig ist. Einer der Hauptgründe für den Kollaps war die Systemrelevanz verschiedener betroffener Banken. Die Regierungen sahen als einziges Mittel zur Durchbrechung dieser Kausalkette die Rettung gefährdeter systemrelevanter Finanzinstitute. Ein solcher Vorgang ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung freilich nicht vorgesehen. Denn es ist Aufgabe des Wettbewerbs, dafür zu sorgen, dass ineffiziente Teilnehmer aus dem Markt ausscheiden. Zum erfolgreichen Wirtschaften gehört es auch, sich gegen Krisen zu wappnen. Der Staat handelte aber gleichsam in ordnungspolitischer Notwehr, um weitere volkswirtschaftliche Schäden zu verhindern. Es hat sich daher ein eigenartiger Mechanismus manifestiert: Je größer die Risiken sind, die im Fall der Insolvenz eines Unternehmens von diesem für die Volkswirtschaft ausgehen, desto eher kann es darauf vertrauen, dass

es in diesem *Worst Case* unter staatlichen Schutz gestellt wird. Ist diese »Too-big-to-fail«-Doktrin, wie sie im englischen Sprachraum griffig heißt, also ein probates Mittel, um mit systemischen Risiken, namentlich im Finanzsektor, umzugehen?

Eine gefährliche Botschaft

Dagegen sprechen schon die ganz erheblichen Kosten solcher Maßnahmen für die Staatshaushalte. Noch viel bedeutsamer ist aber die gefährliche Signalwirkung, die von diesen Rettungsaktionen ausgeht. Sie verspricht denjenigen Finanzinstituten eine Überlebensgarantie, die eine systemische Relevanz besitzen. Eine »Too-big-to-fail«-Politik setzt mithin den Anreiz, sich als Unternehmen gezielt in der Weise aufzustellen, dass die von einem selbst ausgehenden Risiken beträchtlich wachsen. Es ergibt sich daraus die Möglichkeit einer Flucht *in die Verantwortung* (des Staates). Dies verfälscht den Wettbewerb. Konkurrenten, die Risiken meiden und dadurch auf Gewinnchancen verzichten, sind im Nachteil. Sie dürfen nicht auf staatlichen Schutz hoffen. Das macht sie als Geschäftspartner

Regelungen zur Entflechtung systemrelevanter Banken, um Risiken zu verkleinern, greifen nur national und sind rechtlich problematisch.

Foto: Albrecht



Stefan Thomas

ist seit Dezember 2009 Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Wettbewerbs- und Versicherungsrecht an der Universität Tübingen. 2004 bis 2006 war er als Rechtsanwalt im Düsseldorfer Büro einer internationalen Anwaltskanzlei in der Abteilung Kartellrecht tätig. Hauptarbeitsgebiete von Stefan Thomas sind das Wirtschafts-, Kartell- und Versicherungsrecht.

mitunter weniger attraktiv als die systemrelevanten Marktteilnehmer. Denn diese versprechen trotz der von ihnen ausgehenden Risiken eine höhere Krisensicherheit als jene. Die »Too-big-to-fail«-Doktrin ist also keine Lösung für künftige Krisen. Deshalb herrscht international Einigkeit darüber, dass durch eine effizientere Regulierung präventiv gewirkt werden muss. Zu Recht haben sich die G-20-Staaten in ihrer Abschlusserklärung von Pittsburgh darauf verständigt, dass systemrelevante Banken künftig einer schärferen Aufsicht zu unterstellen sind. Es geht darum, das »Failing« von vornherein zu verhindern und Kettenreaktionen möglichst auszuschließen. Dies betrifft namentlich die Regulierung bestimmter Finanzprodukte, die Ausgestaltung von Vergütungspraktiken oder die Kontrolle von Hedgefonds. Von zentraler Bedeutung sind schärfere Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und eine bessere Überwachung von Rating-Agenturen. Die betreffenden Maßnahmen bedeuten zwar teils erhebliche Beschränkungen für die Betätigung an den Finanzmärkten. Sie lösen aber bei international koordinierter Umsetzung keine spezifischen Wettbewerbsverfälschungen aus, weil sie für alle Marktteilnehmer in gleicher Weise gelten.

Problematische Instrumente

In den USA ist ein weiterer Schritt erfolgt, der sich auf das Problem des »Too-big« bezieht. Der von Präsident Barack Obama am 21. Juli 2010 unterzeichnete »Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act« enthält eine Regelung zur Entflechtung systemrelevanter Banken. Der Staat hat damit grundsätzlich die Befugnis erlangt, solche Finanzinstitute zur Veräußerung von Unternehmensteilen zu zwingen. Dadurch würden deren Größe und – so die Erwartung – Risiko für die Stabilität des Finanzsystems verringert. Auch in Deutschland wird aktuell ein ähnliches Instrument diskutiert. Die Bundesregierung plant zum einen auf Initiative der FDP, eine Vorschrift in das Kartellgesetz einzuführen, die es dem Bundeskartellamt erlauben würde, marktbeherrschende Unternehmen zu zerschlagen, wenn von ihnen unerwünschte Wirkungen auf den Wettbewerb ausgehen. Ferner wird im Entwurf eines »Restrukturierungsgesetzes« erwogen, zusätzlich zu diesem kartellrechtlichen Zerschlagungsinstrument eine bankenspezifische Entflechtungsvorschrift, vergleichbar mit dem US-Vorbild, auch hierzulande einzuführen. Solche Entflechtungsinstrumente sind problematisch. Zunächst ist nicht erkennbar, dass sich hierzu international oder auf EU-Ebene ein einheitlicher Rechtsrahmen schaffen lässt. Nationale Lösungen würden aber nur die Geschäftschancen nationaler Banken beschränken. Globale Risiken durch ausländische Banken mit Systemrelevanz ließen sich nicht erfassen. Es käme möglicherweise zu einer (weiteren) Verlagerung von Bankgeschäften ins Ausland. Der wirtschaftliche Schaden der Banken, der ihnen durch die Entflechtung entsteht, müsste

durch den Staat – und damit wiederum den Steuerzahler – ausgeglichen werden, soweit er nicht durch den Verkaufserlös der veräußerten Unternehmensteile gedeckt ist, wovon nicht prinzipiell auszugehen ist.

Verfälschung des Wettbewerbs

Abgesehen davon müsste der Begriff der Systemrelevanz gesetzlich klar definiert werden. Das ist wegen der vielfältigen Risiken, die zu erfassen wären, nur schwer möglich. Es kann auch nicht einer Aufsichtsbehörde zukommen, nach freiem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Banken sie spaltet. Dafür ist der Eingriff zu schwerwiegend. Das Eigentum an Unternehmen steht in Deutschland unter dem Schutz des Artikels 14 Grundgesetz. Unternehmen sind keine freie Zugriffs- und Gestaltungsmasse des Staates. Der verfassungsrechtliche Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verlangt, dass es keine mildereren Mittel gibt, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Es bestehen aber erhebliche Zweifel, ob eine Entflechtungsregel überhaupt zur Lösung des Problems geeignet ist. Außerdem steht als mildereres Mittel eine Verschärfung der Banken- und Kapitalmarktregulierung zur Verfügung, woran weiterhin gearbeitet wird.

Eine Entflechtungsmöglichkeit birgt aber vor allem die Gefahr, ihrerseits den Wettbewerb zu verfälschen. Ebenso wenig wie der staatliche Schutz großer Unternehmen garantiert sein kann, dürfen die Innovationskräfte des Wettbewerbs durch die Androhung einer künftigen Zerschlagung gelähmt werden. Nach dem Wettbewerbsmodell des bisherigen deutschen Kartellgesetzes gibt der Staat nur die Spielregeln vor. Die Ergebnisse erzielen aber die Marktteilnehmer alleine. Solange sich die Teilnehmer an die Regeln halten, wird weder das Verhalten noch das Marktergebnis durch den Staat korrigiert. Aus gutem Grund haben sich die Väter des Kartellgesetzes 1957 gegen eine Entflechtungsbefugnis entschieden. Eine solche hatte der »Josten-Entwurf« – ein Gesetzgebungsvorschlag für ein erstes deutsches Nachkriegskartellgesetz – noch enthalten. Es ist nämlich nicht die Aufgabe des Staates, die Unternehmen durch eine abstrakte kartell- oder bankrechtliche Entflechtungsandrohung dazu anzuhalten, selbständig bestimmte, vom Staat gewünschte Marktergebnisse herbeizuführen. Hierdurch steigt die Gefahr politischer Einmischung in die Wettbewerbsprozesse. Die politischen Ansichten über das richtige Maß an Wettbewerb und Risiko gehen bekanntlich auseinander. Die aktuelle Diskussion über die Laufzeit von Atomkraftwerken zeigt, wie schnell scheinbare politische Grundüberzeugungen sich wandeln können. Ein Entflechtungsinstrument böte in der Wirtschaftspolitik die Verlockung, durch eine bislang undenkbar marktstrukturelle Eingriffstiefe vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Finanzmärkte hätten mit einem neuen Risiko zu kämpfen: einem politischen.



Eine Vorhersage wie für das Wetter von morgen, beruhend auf präzisen Messungen, das erwarten viele von der Wirtschaftswissenschaft im Hinblick auf die Konjunktur und die Finanzmärkte.

Foto: Albrecht

Wirtschaftswissenschaft auf dem Prüfstand

Von Bernhard Boockmann und Claudia M. Buch

Welchen Beitrag kann die Wirtschaftswissenschaft leisten, um Wirtschafts- und Finanzkrisen rechtzeitig zu erkennen und dadurch möglicherweise zu verhindern?
Hat sie sich in der aktuellen Krise überzeugend bewährt?

Hätten die Ökonomen die größte weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit nicht besser vorhersagen und Maßnahmen vorschlagen können, die die Folgen der Krise abgeschwächt hätten? Sind die gängigen wirtschaftstheoretischen Modelle die richtigen oder übersehen sie nicht wichtige Zusammenhänge, die ausschlaggebend für die Krise waren? Diese Fragen stellt die Öffentlichkeit an die Ökonomen, und sie werden auch zwischen Ökonomen diskutiert. Bei genauerer Betrachtung relativieren sich allerdings einige der in dieser Debatte vorgebrachten Argumente. Beispielsweise: »**Ökonomen hätten die Krise vorhersehen müssen.**« Diese Aussage ist aus zwei Gründen irreführend. Zum einen ist die Prognose von künftigen wirtschaftlichen Entwicklungen nur eine der vielen Fragen, mit denen sich Ökonomen beschäftigen – gleichzeitig aber auch die in der Öffentlichkeit am stärksten wahrgenommene. Die Jahresgutachten des Sachverständigenrates, einem Gremium, das die Bundesregierung in wirtschaftspolitischen Fragen berät, können dies verdeutlichen. Diese jährlich vorgelegten Gutachten enthalten einen Prognose-Teil; der weitaus umfangreichere Teil dieser Gutachten be-

schäftigt sich allerdings mit wichtigen strukturpolitischen Fragen wie der Reform des Arbeitsmarktes oder der besseren Regulierung der Finanzmärkte. Viele Vorschläge, die der Sachverständigenrat in der Vergangenheit entwickelt hat, haben unmittelbaren Eingang in die Praxis der Wirtschaftspolitik gefunden.

Fortschreibung vergangener Entwicklungen

Außerdem muss man die Grenzen der Aussagekraft von Prognosen berücksichtigen. In »normalen« Zeiten liegen sie meist nicht fern von den Werten, die dann tatsächlich eintreffen. Sie geben der Wirtschaft und Politik daher nützliche Orientierung. Sie sind allerdings nicht perfekt – so lässt sich zeigen, dass sich die Prognostiker gegenseitig beeinflussen (sogenanntes Herdenverhalten), was zu Verzerrungen führt. Daran muss gearbeitet werden. Die jüngste weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise konnten diese Verfahren nicht vorhersagen, weil sie zu großen Teilen auf der Fortschreibung von vergangenen Entwicklungen beruhen. Deshalb Prognosen ganz einzustellen, wäre allerdings ein Fehler und letztlich auch für die Wirtschaftspolitik keine Alternative.



Claudia M. Buch

ist Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftstheorie, insbesondere Geld und Währung, an der Universität Tübingen sowie wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW). Sie ist derzeit Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.



Bernhard Boockmann

ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) und außerplanmäßiger Professor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

»**Ökonomen nutzen die falschen Modelle.**« Dieses Argument führt schon deswegen in die falsche Richtung, weil es in der Ökonomie nicht einen einheitlichen Modellrahmen gibt. Vielmehr gibt es eine Vielzahl konkurrierender theoretischer Modelle, die sich letztlich harten empirischen Tests unterziehen müssen. Natürlich gibt es, wie in anderen Wissenschaften auch, unterschiedliche Denkschulen, aber gleichzeitig gibt es auch eine ausgeprägte Kultur, die Gültigkeit konkurrierender Ansätze zu testen. Gerade in den letzten etwa zehn Jahren hat sich die Breite der Ansätze, die in der Forschung verwendet werden, erheblich ausgeweitet. Ökonomen arbeiten mehr als zuvor mit Wissenschaftlern anderer Disziplinen wie Psychologen, Soziologen oder sogar Neurowissenschaftlern zusammen, um die verhaltenswissenschaftliche Fundierung ihrer Ansätze zu verbessern.

Vorwürfe treffen oft die Falschen

Auch das häufig vorgebrachte Argument, in den gängigen theoretischen (und empirischen) Modellen fände der Finanzsektor eine zu geringe Bedeutung, lässt sich nur bedingt halten. Richtig an diesem Argument ist, dass dem Wechselspiel zwischen der Realwirtschaft und der Finanzwirtschaft in vielen Modellierungsansätzen bislang zu wenig Bedeutung geschenkt worden ist. Falsch an dem Argument ist allerdings, dass viele der zentralen Mechanismen, die zu der Krise beigetragen haben, von Ökonomen nicht als relevant erkannt werden. Das Gegenteil ist der Fall: Es gibt eine umfangreiche Literatur, die sich mit Problemen auf Finanzmärkten beschäftigt und beispielsweise zeigt, wie Fehlanreize bei Banken dazu führen können, dass von den Banken zu hohe Risiken eingegangen werden.

»**Ökonomische Empfehlungen sind zu weit von der wirtschaftspolitischen Praxis entfernt.**« Dieser Vorwurf trifft oft die Falschen. Denn wie in allen anderen Bereichen der Wissenschaft gibt es auch in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften einen Bereich der Grundlagenforschung. Mit einem gewissen Abstand von den aktuellen tagespolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen gehen Wissenschaftler hier der Frage nach, was die Abläufe innerhalb eines Wirtschaftssystems bestimmt, wie die einzelnen Märkte und die Individuen miteinander agieren oder welches theoretische Modell der Wirklichkeit am nächsten kommt. Einen solchen Prozess muss es geben, denn nur so kann wissenschaftlicher Fortschritt entstehen, nur so können sich neue Paradigmen entwickeln. Aber gleichzeitig – und auch hier unterscheiden sich die Wirtschaftswissenschaften nicht von anderen Wissenschaftsbereichen – gibt es einen Bedarf, aktuelle Erkenntnisse in die Praxis der Wirtschaftspolitik oder der einzelnen Unternehmen zu transferieren. Ein Beispiel kann illustrieren, dass dieser Prozess des Erkenntnistransfers in den Wirtschaftswissenschaften in den letzten Jahren sogar zunehmend erfolgreich verläuft.

Das Beispiel ist der makroökonomischen Forschung, also der Forschung über gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, entnommen. Im Jahre 1958 machte der britische Forscher William Phillips die Entdeckung, dass es einen recht engen statistischen Zusammenhang zwischen der Inflationsrate eines Landes und der Arbeitslosigkeit gibt. Für die Wirtschaftspolitik war dies eine wichtige Erkenntnis, könnte es doch möglich sein, einen optimalen Mix von Inflation und Arbeitslosigkeit zu wählen. Viele erinnern sich an die Aussage des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt »Mir scheint, dass das deutsche Volk – zugespitzt – fünf Prozent Preisanstieg eher vertragen kann als fünf Prozent Arbeitslosigkeit.« Doch wie jede andere Entdeckung in den Wissenschaften rief auch diese sofort die Skeptiker auf den Plan. Ist der Zusammenhang systematisch und, vor allem, lässt er sich von der Wirtschaftspolitik wirklich nutzen? Ein gewichtiger Einwand ist, dass die Wirtschaftspolitik nicht einfach die gewünschte Kombination aus Inflation und Arbeitslosigkeit wählen kann, wenn die Individuen rationale Erwartungen und vollständige Informationen haben. Denn die Wirtschaftssubjekte würden die Anreize der Regierung durchschauen, durch eine höhere Inflation eine geringere Arbeitslosigkeit zu erzielen. Sie würden ihre Erwartungen anpassen, und am Ende würde ein Land wohl mit mehr Inflation, nicht aber mit einer geringeren Arbeitslosigkeit dastehen. Sind die Annahmen, die dieser Kritik zugrunde liegen, realistisch? Sie sind es natürlich nicht, denn weder verhalten wir uns in der Regel rational noch haben wir vollständige Informationen. Dennoch hatte der Kern dieses Arguments erhebliche Relevanz für die Wirtschaftspolitik, und die geschilderte Debatte hat dazu geführt, dass sich die institutionellen Rahmenbedingungen, unter denen die Geldpolitik heute durchgeführt wird, geändert haben. Der Erfolg und die institutionelle Ausgestaltung der Europäischen Zentralbank, insbesondere ihre Unabhängigkeit von der Politik, ist ein wichtiges Beispiel hierfür. Die Erkenntnisse dieser Forschung haben uns in den vergangenen Jahren geldpolitische Stabilität und geringere Inflationsraten beschert – bei einem längerfristigen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern der Eurozone. Als Fazit lässt sich formulieren: Insgesamt werden in den Wirtschaftswissenschaften empirische und interdisziplinäre Ansätze häufiger. Das macht es einfacher, Forschungsergebnisse in die Praxis zu übertragen. Zugleich sind die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger und Ministerien mehr und mehr bereit und in der Lage, Forschungsergebnisse korrekt zu interpretieren und besser in Handlungsoptionen umzusetzen. Dazu hat nicht zuletzt ein stetiger »Braindrain« von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und Fakultäten in die Ministerien beigetragen. Der Eindruck, in den Wirtschaftswissenschaften stimme die ganze Richtung nicht, mag in der Krise bei vielen kurzfristig aufgekommen sein. Es handelt sich jedoch um eine verzerrte Wahrnehmung.

Bei der Bildung etwas wegschneiden und das ohne Verluste bei der Qualität:
Nach mancher Rechnung soll das möglich sein.



Foto: Albrecht

Bessere Bildung bei fünf Prozent Einsparungen

Von Klaus Hekking

Die Wirtschaftskrise hinterlässt auch in den Haushalten der Bundesländer ihre Spuren. Es herrscht Sparzwang. Doch bei Bildungsausgaben kann angeblich nicht gespart werden. Das ist falsch: Es gibt Potenzial für mehr Produktivität.

Schulden ohne Ende, Deutschland auf dem Weg in mediterrane Verhältnisse, die künftigen Generationen in der Schuldenfalle! Es ist klar, dass wir die Staatsausgaben eindämmen müssen. Doch kaum geht es ums »Sparen«, wird ein bekanntes Ritual sichtbar: Sparen in Deutschland beginnt damit, dass festgelegt wird, wo nicht gespart werden kann. Die Bildungsausgaben gehören nach Meinung vieler Politiker dazu. Hier gilt noch die alte Bauernregel: »Viel hilft viel«. Und so stecken Bund und Länder Milliarden in die Bildung, ohne zu prüfen, welchen Gegenwert die Gesellschaft dafür erhält. Mehr Transparenz bei Kosten und Nutzen staatlicher Bildungsausgaben ist deshalb angebracht. Dazu ein Beispiel aus dem Hochschulbereich:

Der deutsche Steuerzahler wendet nach Feststellung der OECD pro Studierendem rund 70 000 Dollar auf. Im OECD-Durchschnitt sind dies 50 000 Dollar. Dieser höhere Aufwand ist dann kein Problem, wenn die Gesellschaft dafür einen überdurchschnittlichen Nutzen erhält, aber Fehlanzeige: Die fiskalische Bildungsrendite, mit der Forscher den monetären Nutzen von Bildungsausgaben des Staates darstellen, beträgt

nach den Berechnungen der OECD für Männer (Frauen) in Deutschland 6,9 Prozent (6,5 Prozent), in Großbritannien 15,2 Prozent (13,6 Prozent) und in den USA 13,7 Prozent (12,3 Prozent). Auch die private Bildungsrendite, also der individuelle Bildungsnutzen, liegt in Deutschland deutlich unter den Werten dieser Vergleichsländer. Die Differenz kann grob geschätzt als Produktivitätslücke des deutschen Hochschulsystems interpretiert werden und führt zu der Frage, wie wir eine höhere Produktivität – das heißt mehr und bessere Bildung – ohne mehr Ausgaben schaffen können?

Intelligente Strukturreformen

Die aktuelle Krise der Staatsfinanzen, die sich in einer dramatischen Staatsverschuldung und in kontinuierlichen Haushaltsdefiziten ausdrückt, sollte deshalb als Chance begriffen werden, an die Stelle von steigenden Bildungsausgaben intelligente Strukturreformen zu setzen, die zu mehr Effizienz im Bildungssystem führen. Unter intelligenten Strukturreformen verstehe ich nicht schrittweise Veränderungen des Status quo, sondern ein grundlegendes Umdenken, wohl



Prof. Klaus Hekking

ist Vorstandsvorsitzender der »Stiftung Rehabilitation Heidelberg« (SRH), einem Anbieter von Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen, der bundesweit private Hochschulen, Bildungszentren, Schulen und Krankenhäuser betreibt. Der Jurist arbeitete zuvor unter anderem als Persönlicher Referent von Lothar Späth und freier Mitarbeiter der Unternehmensberatung Roland Berger & Partner.

wissend, dass dies in den Augen der Bildungstraditionalisten als Sakrileg gilt.

»Wie überall gilt auch im Hochschulwesen: Monopole sind teuer und ineffizient und gehen zu Lasten von guten Leistungen für die Bürger.«

Hier einige Ideen für den tertiären Bildungssektor:

(1) Systemwettbewerb im Hochschulwesen

Der Staat sichert seinen Schulen und Hochschulen durch Gesetze, öffentliche Subventionen und administrative Maßnahmen eine Monopolstellung. 92 Prozent der Schüler und 95 Prozent der Studierenden besuchen staatliche Einrichtungen. Private Hochschulen haben bei uns, anders als in den meisten westlichen Ländern, noch immer eine Nischenfunktion. Und dies, obwohl nach den OECD-Studien erwiesen ist, dass Länder, in denen Systemwettbewerb im Hochschulsystem herrscht, deutlich bessere Ergebnisse aufweisen. Das gleiche Bild zeigt sich in internationalen Rankings.

Wie überall gilt auch im Hochschulwesen: Monopole sind teuer und ineffizient und gehen zu Lasten von guten Leistungen für die Bürger. Ein fairer Systemwettbewerb zwischen staatlichen und privaten Hochschulen würde die Wahlfreiheit der Bürger erhöhen und zu mehr Vielfalt und Effizienz führen. Mehr Qualität und geringere Kosten wären der Lohn.

(2) Subjektförderung statt Objektförderung

Der Staat investiert in Bildung grundsätzlich über Objektförderung, also durch die Subventionierung öffentlicher Bildungseinrichtungen. Dies geschieht in der Regel unabhängig von deren Auslastung, Leistung und Qualität. Diese institutionelle Förderung konserviert Strukturen, behindert den Wettbewerb und setzt kaum Anreize, besser und wirtschaftlicher zu arbeiten und sich veränderten Bedingungen anzupassen. Die Bildungsfinanzierung sollte darum auf Subjektförderung umgestellt werden. Damit würden nicht länger Institutionen subventioniert, sondern die Bildung des einzelnen Bürgers finanziert. Das Geld ginge somit an die Einrichtungen, welche Bildungswilligen den höchsten Bildungsnutzen bringen. Nicht mehr die Bürokratie, sondern die Bürger würden »mit den Füßen abstimmen«, welche Einrichtungen erhalten und ausgebaut werden. Leistungsschwache und nicht bedarfsgerechte Einrichtungen würden aus dem Markt ausscheiden, der Bildungsetat würde von unnötigen Vorhalte- und Gemeinkosten entlastet.

(3) Studiengebühren kombiniert mit staatlichen Bildungsdarlehen

Deutsche Staatshochschulen erheben keine leistungsgerechten Studiengebühren. Dies führt zur Umverteilung von

unten nach oben. Bezieher niedriger Einkommen finanzieren die Qualifizierung der später besser Verdienenden. Zugleich setzt dieses System kaum Anreize, die vom Staat bereit gestellte Bildungsleistung verantwortungsvoll zu nutzen. Die Verschwendung wertvoller Bildungsressourcen, zum Beispiel durch Abbruchquoten von 30 Prozent und mehr sind die Folge. Gerechter wäre es, wenn jeder Studierende leistungsgerechte Studiengebühren zahlen, und im Gegenzug im Rahmen der Subjektförderung ein staatliches Bildungsdarlehen erhalten würde. Dieses zahlt er zurück, sobald er eine bestimmte Einkommensgrenze überschreitet. Sicherlich würden einige Darlehen nicht bedient werden, aber dieses System käme den Staat unter dem Strich billiger, weil die Verschwendung von Bildungsressourcen vermindert und unnötige Gemeinkosten vermieden würden.

(4) Qualitätskontrolle für alle

Die privaten Hochschulen in Deutschland müssen sich neben der fachlichen noch der institutionellen Akkreditierung durch den Wissenschaftsrat stellen. Stimmen wissenschaftliche Leistung und Qualität nicht, wird die staatliche Anerkennung aberkannt und die Hochschule scheidet aus dem Markt aus. Das ist richtig und im Sinne des Verbraucherschutzes. Staatshochschulen sind jedoch davon ausgenommen, obwohl der Verbraucherschutz nach dem Gleichheitsgrundsatz auch für deren Studierende gilt. Deshalb sollten sie sich im gleichen Umfang und mit gleichen Konsequenzen der Qualitätskontrolle stellen müssen. Auch das würde die Effizienz steigern.

(5) Entbürokratisierung des Bildungssystems

Deutschland leistet sich aufgrund des Bildungsföderalismus eine überdimensionierte Bürokratie. In 26 Kultus- und Wissenschaftsministerien, hunderte von Schulbehörden und Bildungskonferenzen, Räte und Kommissionen fließt ein großer Teil des deutschen Bildungsbudgets. Zig Gesetze und Verwaltungsvorschriften regeln jedes Detail der Bildungslandschaft und schränken die Spielräume für innovative Entwicklungen ein. Schaut man sich die Stellung des deutschen Bildungswesens im internationalen Vergleich an, dann kann man nicht behaupten, dass uns diese staatsbürokratische Lenkung eine überlegene Position verschafft hätte. Hier liegen erhebliche finanzielle Reserven, die durch eine schlankere Verwaltung mobilisiert und in die eigentlichen Kernaufgaben gesteckt werden könnten.

Als Fazit ein Vorschlag:

Kürzung der Bildungshaushalte um fünf Prozent, im Gegenzug Stärkung der Systemintelligenz durch mehr Freiheit und Eigenverantwortung der Bildungsinstitutionen, mehr Wettbewerb im Bildungswesen und weniger Staatsbürokratie. Ich bin sicher, wir hätten mehr und bessere Bildung bei geringeren Kosten.

Den Schulen und Hochschulen fehlt Geld – unter anderem auch bei der Sanierung von Gebäuden.



Foto: Albrecht

Bildung: das kostenneutrale Mega-Thema

Von Nils Schmid

Gerade in Zeiten der Finanzkrise wird die zukunftsichernde Bedeutung von Bildung beteuert. Tatsächlich aber werden die Bildungsausgaben real gekürzt. Die entstehenden Lücken sollen durch die Forderung nach mehr Wettbewerb und Effizienzsteigerung im Bildungswesen geschlossen werden. Doch ist das wirklich ein begehbarer Weg?

Der Rektor der Universität Hohenheim rechtfertigte vor kurzem die allseits kritisierte Verwendung von 1,2 Millionen Euro aus Studiengebühren für die Abwendung eines ›planerischen‹ Defizits von 3,2 Millionen Euro und seinen Sparkurs ganz allgemein damit, dass die Stagnation bei der Förderung durch Landesmittel daran schuld sei. Der Rektor einer Pädagogischen Hochschule konstatierte Qualitätsprobleme in Forschung und Lehre, weil er Stellen freihalten müsse, um die globale Minder Ausgabe zugunsten des Landeshaushalts zu erbringen – im jährlichen Durchschnitt 15 von 172 Professuren und Akademischen Mitarbeiterstellen. Und damit ich nicht in den Verdacht gerate, aus baden-württembergischen Negativbeispielen billigen politischen Profit schlagen zu wollen: In Hessen hat Ministerpräsident Roland Koch kurz vor seiner Demission die zwölf Hochschulrektoren zur eingeschränkt freiwilligen Unterschrift unter einen Hochschulpakt 2011 bis 2015 veranlasst, der an den Hochschulen Kürzungen von jährlich 30 Millionen Euro vorsieht. Die hessischen Schulen sind im kommenden Jahr mit einem Minus von 45 Millionen dabei. Und die Bologna-Reform, den Hochschulen per Gesetz zwingend vorgegeben, brachte

ihnen mit den neuen gestuften Studiengängen einen zusätzlichen Mittelbedarf von etwa 15 Prozent – so die Hochschulrektorenkonferenz – und sie wurden damit allein gelassen. Das alles verträgt sich jedenfalls schlecht mit dem hohen Ton, in dem üblicherweise über Bildung und ihre zukunftsichernde Bedeutung gesprochen wird. Oder, anders gesagt: Die Bedeutung der Bildung wird zwar schwer beteuert, teuer aber darf sie um Himmels willen nicht werden.

Kleinkrämerische Suche nach Effizienzreserven

Also wird die Bildung einerseits zum Mega-Thema erklärt, andererseits aber wird bei der Finanzierung kleinkrämerisch nach Wettbewerbseffekten und Effizienzreserven gesucht, die dann zwar nicht wirksam werden, immerhin aber zur Ablehnung finanzieller Forderungen taugen. Die Forderung nach Wettbewerb im Bildungsbereich suggeriert, der Wettbewerb sei dem Bildungsbereich fremd. Tatsächlich aber gibt es gerade im Hochschulbereich zahlreiche Beispiele für wettbewerbliche Elemente. Haben wir vielleicht bei der Berufung von Professorinnen und Professoren ein



Nils Schmid

hat an der Universität Tübingen Jura studiert und bei Professor Ferdinand Kirchhof promoviert. Seit 1997 ist er Mitglied des baden-württembergischen Landtags und derzeit finanzpolitischer Sprecher und Landesvorsitzender der SPD.

staatliches Zuteilungssystem? Oder haben wir nicht Berufungsverfahren mit ausgeklügelten Prozeduren zur Prüfung und Auswahl, in denen sich die aktuell Besten einer Disziplin, mitunter aus einer weltweit verstreuten *community*, durchsetzen oder eben nicht? Und wie sieht's mit der Forschungsförderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft aus: Gibt es hier nicht Bewerbungen innerhalb von Programmen, in denen Expertise über Expertise entscheidet und wo es Gewinner und Verlierer gibt? Natürlich gibt es Beispiele zur Genüge, in denen Wettbewerbshemmnisse, kritikwürdige Ergebnisse und Ärgernisse erkennbar werden – etwa gremiendurchdringende Seilschaften oder sachfremde Entscheidungsgründe. Wer kann schon Fehlerfreiheit im Wettbewerb garantieren, dessen Wirkungshebel, zumal im Bildungsbereich, allesamt und letztendlich eben doch in der Hand von Menschen liegen?

Widersprüchliche Befunde

Ähnlich verhält es sich mit der Forderung nach der Mobilisierung von Effizienzreserven. Der Reiz solcher Forderungen besteht darin, dass ihnen eigentlich niemand zu widersprechen wagt. Denn wer will sich schon dem Verdacht aussetzen, für sorglose Verschwendung zu plädieren? Also ist die Forderung nach mehr Effizienz weitgehend widerspruchsgefeit und deshalb wird sie meist noch nicht einmal konkretisiert. Sie zu konkretisieren, würde nämlich bedeuten, über das Wie, das Wo, das Wann und die absehbaren und unabsehbaren Folgen reden zu müssen. Und dann wäre der Charme der »Mehr Effizienz«-Forderung meist schnell verflogen. Denn wer sich von den Theoriehöhen der von Kennzahlen gesteuerten Effizienz- und Leistungsbeurteilung in die Tiefen ihrer Praxis begibt (wie es die Arbeit im Finanzausschuss des Landtags immer wieder mit sich bringt), der stellt meist ziemlich schnell fest: Vermeintlich schlüssige, von Kennzahlen gestützte Befunde sind im Spiegel der Realität meist alles andere als widerspruchsfrei. Denn die Realität ist eben kein abschließend determiniertes Modell, sondern ist von einer Vielzahl von Einflussgrößen geprägt (bekanntes und auch unbekanntes!). Effizienzuntersuchungen müssen logischerweise die Zahl der Determinanten reduzieren und sie dafür nach Bedeutung klassifizieren. Was dem einen dabei trivial erscheint, ist dem anderen von zentraler Wichtigkeit – damit ist das ganze Spektrum von Pro- und Contra-Argumenten auf dem Spielfeld ausgebreitet. Konsens ist auf diese Weise nicht zu erreichen, und wenn sich gleichwohl Sanktionen auf solche Befunde stützen (so in der leistungsbezogenen Mittelzuweisung), sorgen sie gleichzeitig für Motivation und Demotivation, für mehr Identifikation und für mehr Entfremdung – und dann ist die Frage, wie wirkungsmächtig und folgenreich diese gegenläufigen Effekte unter dem Strich sind, kurz-, mittel- und langfristig. Man mag über meine Gedanken zu Effizienz(-reserven) und zum Wettbewerb im Hochschulbereich geteilter Meinung sein. Über die folgende Feststellung aber dürfte kein Streit entste-

hen: Weder aus einer Intensivierung der Wettbewerbsidee noch aus der Mobilisierung von Effizienzreserven sind im Entferntesten jene Potenziale zu erwarten, mit denen die Unterfinanzierung der Hochschulen ausgeglichen werden könnte. Um diesen einen Kostenfaktor zu wiederholen: Allein die Einführung der gestuften Studienstruktur nach dem Bologna-Prozess erhöht die Kosten gegenüber der herkömmlichen Studienstruktur um 15 Prozent (nachdem verkürzte Studiengänge mit entsprechend reduzierten Kosten versprochen waren!). Die Nicht-Erstattung durch die Politik ist eine reale Kürzung. Eine verantwortungsvoll handelnde Politik muss diese Ausgangslage in ihrer ganzen Tragweite zur Kenntnis nehmen und den rosarot eingetauchten Pinsel endlich zur Seite legen.

Das Argument ist mir geläufig, dass die Logik »neues Geld in alte Systeme« grundsätzlich verwerflich sei. Abgesehen davon, dass es kein »altes System« in der Bildung gibt (denn kein gesellschaftliches Subsystem dürfte so gründlich dauerreformiert sein wie der Bildungsbereich): Es gibt Situationen, in denen die Not und der Mittelbedarf so evident sind (und im übrigen auch der Abstand zu vergleichbaren Bildungsnationen, siehe die OECD-Vergleiche), dass zusätzliches Geld unumgänglich ist. Woher aber nehmen ohne zu stehlen? Gerade die herausziehende wirtschaftliche Erholung eröffnet eine Chance, die Bildung durch Steuermehreinnahmen angemessen zu dotieren, ohne das Ziel der Haushaltssanierung aus dem Auge zu verlieren. Ich kann mir eine Anhebung des Spitzensteuersatzes vorstellen, auch über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wäre zu reden. Dass es mit der Reduktion des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen wieder retour gehen muss, überlegen jetzt selbst die, die ihn gesenkt haben. Und dass eine konsequente Verfolgung der Steuerhinterziehung unerwartete Masse bringt, mussten manche in den letzten Monaten mit Überraschung zur Kenntnis nehmen. All diese Maßnahmen beeinträchtigen weder die wirtschaftliche Erholung, noch lösen sie Fluchtreflexe aus beim Kapital, obwohl es ein scheues Reh ist, und sie widersprechen auch nicht dem Prinzip der Steuergerechtigkeit. Wir hätten mit diesen Maßnahmen und ihrem Ertrag allerdings einen Schlüssel in der Hand, der unseren Bildungseinrichtungen die Tür zu einer guten Zukunft öffnet, von der frühkindlichen bis zur Graduierten-Förderung, von der Lehre in der Grundschule bis zur Lehre an den Universitäten, von der Entwicklung über die anwendungsbezogene Forschung bis zur Grundlagenforschung. Und auf die Studiengebühren, die bei einem immer höheren administrativen Aufwand an manchen Hochschulen ohnehin nur noch von der Hälfte der Gebührenpflichtigen bezahlt werden, könnte dann auch leicht verzichtet werden. Denn dass sie, von ein paar legitimierenden Vorzeigeprojekten abgesehen, überwiegend für den Ausgleich von Kürzungen verwendet werden, darüber wird in allen Hochschulen offen geredet – jedenfalls solange der Wissenschaftsminister nicht in der Nähe steht.

Viele Taschen sind leer – und die amerikanischen Hochschulen auf der Suche nach Einsparmöglichkeiten.



Foto: Albrecht

Ende der (Selbst)-Gewissheit? Finanzkrise trifft amerikanische Hochschulen

Von Stefan Altevogt

Die Finanz- und Wirtschaftskrise macht vor den ehrwürdigen Toren der amerikanischen Top-Universitäten nicht halt. Seit vielen Jahren unangefochten an der Spitze aller weltweiten Rankings, müssen nun auch Hochschulen in den USA bewährte Pfade verlassen und sich auf grundlegend neue Bedingungen einstellen.

Die amerikanischen Hochschulen bestreiten ihre Haushalte nach wie vor aus sehr unterschiedlichen Mischungen von Einkünften, doch greift die Faustregel »privat heißt vorwiegend Stiftungsvermögen« und »öffentlich heißt vorwiegend staatliche Zuwendungen« nur noch bedingt und die Modelle mischen sich zusehends. Richtig bleibt: Die private Harvard University hat selbst nach Einbußen von fast 30 Prozent ein Vermögen von 26 Milliarden Dollar und finanziert daraus fast die Hälfte ihres Budgets. Hier meldete die *New York Times* Anfang 2009, dass Gehälter eingefroren, 1.600 Mitarbeitern Abfindungen angeboten, Bauvorhaben auf Eis gelegt und Anleihen im Wert von 1,5 Milliarden Dollar aufgelegt worden seien, um einem akuten Liquiditätsengpass entgegen zu wirken. Ähnliche Schritte wurden auch an den Universitäten Yale, Stanford, Princeton und weiteren Hochschulen der selbst nach der Krise immer noch 56 Einträge umfassenden »Milliardärsliste« unternommen.

Auf der anderen Seite: An den amerikanischen Community Colleges werden im Schnitt noch gut zwei Drittel der Haushalte aus direkten staatlichen Zuwendungen bestritten und an öffentlichen vierjährigen Colleges zu mehr als 50 Prozent. Hier haben die gesetzlich zum Ausgleich verpflichteten und darum teilweise prekären Etats der Bundesstaaten zu einem hohen Einsparungsdruck geführt.

Einbußen auch im Fundraising

Aber es gibt unter den öffentlichen Hochschulen eben auch solche mit hoher Forschungsintensität und einem nennenswerten Vermögen. Die University of Minnesota hat ein Stiftungsvermögen von zwei Milliarden Dollar und ist mit 65.000 Studierenden eine der größeren öffentlichen Hochschulen des Landes. Ihren 2,8 Milliarden Dollar starken Haushalt bestreitet sie zu 23,6 Prozent aus direkten bundesstaatlichen Zuwendungen, 22 Prozent kommen aus Studiengebühren,



Stefan Altevogt

studierte an der Humboldt Universität Berlin Geschichte und lebt in New York. Seine berufliche Laufbahn hat ihn über das Goethe-Institut, das Museum of Modern Art und den Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) in das Nordamerika-Büro der Deutschen Forschungsgemeinschaft gebracht. Er schreibt seit 2003 die DAAD Nordamerika Nachrichten, einen wöchentlichen elektronischen Newsletter zur amerikanischen Hochschullandschaft und Bildungspolitik.

20,5 Prozent aus eingeworbenen Forschungsmitteln und 12,3 Prozent aus Spenden und aus dem Vermögen. Letzteres hatte im Laufe der Krise mehr als 750 Millionen Dollar und damit 24 Prozent eingebüßt, und die Ergebnisse des Fundraisings waren um 20 Prozent eingebrochen. Die Universität erhöhte die Studiengebühren noch einmal um 3,1 Prozent auf 12.000 Dollar für »Landeskinder« und 16.800 für »Non-Residents« und arbeitete an den Personalkosten: Im März dieses Jahres wurde allen Mitarbeitern der Hochschule ein zunächst auf drei Arbeitstage befristeter unbezahlter Urlaub (»furlough days«) verordnet, was zwölf Millionen Dollar und damit gut neun Prozent des Fehlbetrags im Haushalt decken konnte. Freiwillig weitere unbezahlte Urlaubstage zu nehmen, wurde erbeten, und die Gehälter wurden im eingefrorenen Zustand um 1,05 Prozent gekürzt.

Die University of Michigan ist derzeit mit einem Vermögen von sechs Milliarden Dollar die siebtreichste amerikanische Hochschule. Sie finanziert als öffentliche Einrichtung nur noch acht Prozent ihres gut fünf Milliarden Dollar starken Budgets aus direkten staatlichen Zuwendungen, Vermögen und Spenden tragen elf Prozent und Studiengebühren 16 Prozent der Kosten. Den mit 44 Prozent größten Teil steuern Erträge der Universitätskliniken bei. Es werden wegen der schwindenden Bedeutung der staatlichen Mittel immer wieder Stimmen laut, den Status einer öffentlichen Hochschule und die damit verbundene Aufgabe der Versorgung von »Landeskindern« mit einer qualitativ hochwertigen tertiären Bildung aus zwei Gründen abzuschaffen: Erstens steht eine prioritäre Versorgung von Landeskindern dem Interesse einer nationalen, wenn nicht gar internationalen Profilierung entgegen und zweitens zahlen Landeskinder fühlbar geringere Studiengebühren.

Dringend benötigte Studiengebühren

Das private Colgate College in New York State ließ bei Studiengebühren von 50.000 Dollar im vergangenen Herbst 33 Prozent der Bewerber zu. Zum Vergleich: Bei den superreichen und superselektiven Hochschulen wie Harvard, Yale und Stanford liegen die Zulassungsraten unter zehn Prozent. Aber Colgate benötigt die Einnahmen aus Studiengebühren viel dringender. Hier wirkt sich die Wirtschaftskrise daher besonders drastisch aus: Das öffentliche Uni-System State University of New York (SUNY) kommt inzwischen an ihren besseren Standorten wie Binghamton mit 20.000 Dollar teuren Programmen auf eine Zulassungsrate von 40 Prozent und hält sich dadurch nicht mehr nur geografisch in der Nähe von Colgate auf. Was dadurch an Einrichtungen wie Colgate zunehmend unter Druck gerät, ist zum einen die Idee einer Liberal Arts Education und zum anderen das Tenure-Modell, das Modell des entfristeten Professors, das mit einem Höchstmaß an akademischer Freiheit und Personalkosten die Einheit

von Forschung und Lehre garantiert. Zwischen 1975 und 2007 war der Anteil entfristeter Stellen von 57 Prozent auf 31 Prozent zurückgegangen. Die Folgen der Wirtschaftskrise dürften diesen Vorgang noch beschleunigt haben, an dessen Ende man vielleicht noch 15 Prozent erwarten darf. Wie man vor allem die nicht wissenschafts-, sondern berufsbezogene tertiäre Bildung deutlich billiger und sogar gewinnbringend betreiben kann, zeigen mit zunehmender Intensität die »For-Profits«, in der Regel börsennotierte Hochschulen, die inzwischen rund zehn Prozent der amerikanischen Studierenden immatrikulieren.

Als Fazit lässt sich sagen, dass die Finanz- und nachfolgend die Wirtschaftskrise einen bereits in Gang befindlichen Prozess beschleunigt hat, der die amerikanische Hochschullandschaft tiefgreifenden Veränderungen unterwirft und (Selbst-)Gewissheiten zusehends in Frage stellt.

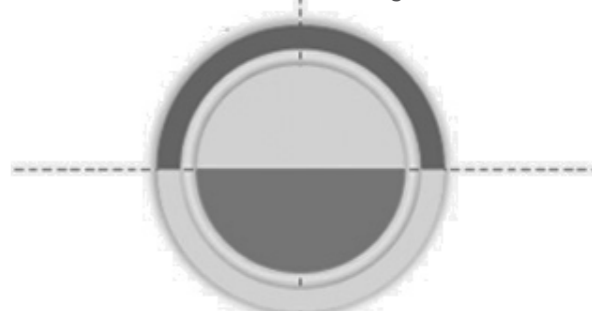


BEMOTEC GmbH:

- Lean Production Consulting
- Systemlieferant für Medizintechnik

HEMOTEC GmbH:

- Systemlieferant für Baugruppenmontage im Maschinen- und Anlagenbau



BELI-Liftanlagen

Drosselstraße 13
72820 Sonnenbühl
Telefon 07128 1087
Telefax 07128 3942
info@bemotec-gmbh.de
www.bemotec-gmbh.de



LS&M Steuerberatungsgesellschaft mbH

LS&M

- Existenzgründungsberatung
- Coaching nach §2 ESF-Richtlinien
- Erstellung von Business-Plänen
- Finanzplanung
- Gründung und laufende Beratung von GmbH

Mehr Info?

■ www.LSuM.de

LS&M Steuerberatungsgesellschaft mbH

Konrad-Adenauer-Straße 9 · 72072 Tübingen · Fon 07071 920 400 · info@LSuM.de



**Klinikum
Friedrichshafen GmbH**



„Medizin und mehr...“

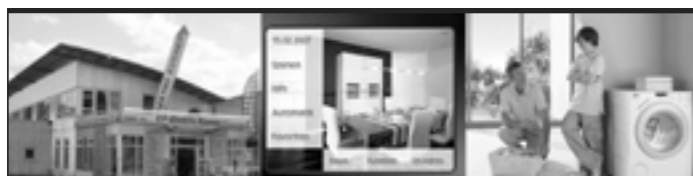
Unsere Klinikum Friedrichshafen GmbH, akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Tübingen, ist ein modernes Krankenhaus der Zentralversorgung. Besonders für interessierte Studenten und Absolventen der Medizin bietet es zahlreiche berufliche Möglichkeiten in verschiedenen Fachabteilungen.

Zur Sicherung unseres medizinischen Qualitätsstandards sind wir kontinuierlich auf der Suche nach motivierten Nachwuchskräften.

- ✓ Allgemein-, Viszeral-, Gefäßchirurgie
- ✓ Unfallchirurgie, Endoprothetik und Orthopädie
- ✓ Gastroenterologie und Kardiologie (Pneumologie)
- ✓ Klinik für Kinder und Jugendliche
- ✓ Gynäkologie und Geburtshilfe
- ✓ Anästhesie und Intensivmedizin
- ✓ Radiologie und Nuklearmedizin
- ✓ Geriatrische Rehabilitation
- ✓ Pathologie
- ✓ Beleg- und Konsiliarärzte: Augen, Hals-Nasen-Ohren, Neurochirurgie, Urologie, Vorfußchirurgie



Klinikum Friedrichshafen GmbH
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Universität Tübingen
Röntgenstraße 2 · 88048 Friedrichshafen
Personalabteilung Telefon 07541/961120
info@klinikum-fn.de · www.klinikum-fn.de



Ingenieur- und Meisterbetrieb
Planung und Ausführung aus einer Hand
Verkauf und Service exklusiver Hausgeräte

Hausgerätestudio mit „1a“-Beratung und prämiertem Service:

- Individuelle Terminvereinbarungen, auch zu Hause
- Premium Markenhersteller
- Kaffeebar und Aktionstage
- Auslieferung und Anschluss durch qualifizierte Mitarbeiter
- „1a“-Fachwerkstatt und Kundendienst
- Barrierefreier Zugang
Parkplätze direkt vor Ort

Planung und Ausführung sämtlicher Stark- und Schwachstromanlagen:

- Komfort Elektroinstallationen, Neubau und Renovierung, barrierefrei, 60+
- Sicherheitstechnik (VdS-zertif.) Brand- und Einbruchmeldesysteme, Zutrittskontrolle
- Kommunikations- und Datentechnik
- Automatisierungstechnik, Schaltschrankbau, Bustechnologien
- Regenerative Energiequellen Solartechnik, Wärmepumpen
- Energieberatung
- e-Check für Privat und Gewerbe



Miele
PREMIUM-PARTNER
EXKLUSIV-PARTNER



EP:Elektro Kürner

Handwerkerpark 9
72070 Tübingen
Tel.: 07071 943800
info@elektro-kuerner.de
www.elektro-kuerner.de

Service
macht den
Unterschied

**ELEKTRO
KÜRNER**
DIENSTLEISTUNGSZENTRUM GMBH
Ingenieur und Meisterbetrieb
der Elektroinnung Tübingen

Ingrid Hornberger-Hiller RECHTSANWÄLTIN

Tätigkeitsschwerpunkte:

- Vertragsrecht
- Familienrecht
- Markenrecht

Stöcklestr. 20,
72070 Tübingen,
www.hornberger-hiller.de,
Telefon 07071/44515,
Telefax 07071/410 808

Selbstgemacht nicht nachgemacht



Gehören Sie zu denen, die auf Qualität und Erfolg der eigenen Leistung vertrauen? Dann stört es Sie sicher, wenn andere sich einfach Ihrer Ideen bedienen, um Profit zu machen und Sie leer ausgehen zu lassen. Beraten und vertreten in allen Fragen des nationalen und internationalen gewerblichen Rechtsschutzes, können Sie etwas dagegen tun.

Als erfolgreich gewachsene Patentanwaltskanzlei betreuen wir von Standorten in Stuttgart, München und Tübingen aus Mandanten im Inland und Ausland. Unser Team aus 13 Partnern und mehr als 50 Mitarbeitern verbindet technisches Know-how mit langjähriger juristischer Erfahrung. Im Interesse und zum Schutz Ihres geistigen Eigentums.

Unser Tätigkeitsschwerpunkt liegt dabei auf dem Patentrecht, dem Markenrecht, dem Gebrauchsmuster- und Geschmacksmusterrecht sowie dem Arbeitnehmererfindungsrecht. Darüber hinaus verfügen wir auch über große Erfahrung in Verletzungsprozessen sowie auf benachbarten Gebieten, insbesondere beim Softwarerecht, Vertrags- und Lizenzrecht und bei der Beratung von technologieorientierten Start-up-Unternehmen, vor allem aus dem universitären Umfeld.

Besuchen Sie uns unter www.wwp.de

WITTE, WELLER & PARTNER
PATENTANWÄLTE

Konrad-Adenauer-Straße 9 · 72072 Tübingen · Telefon: 07071/151520 · Telefax: 07071/151521

Bessere Therapien für Epilepsie-Patienten finden

Tübinger Neurologen erforschen die Mechanismen der erblichen Krankheitsformen

Epilepsie gilt als häufige Krankheit. Ein Prozent der Weltbevölkerung ist davon betroffen, in Deutschland sind das allein 800 000 Menschen. Bei der Erkrankung sind die Nervenzellen im elektrischen Netzwerk des Gehirns übererregbar. Auf diese Weise kommt es zu epileptischen Anfällen. Die Medizin unterteilt die Krankheit in zwei Gruppen: Symptomatische Epilepsien können zum Beispiel durch Gehirnverletzungen, einen Schlaganfall oder einen Tumor ausgelöst werden. Die idiopathischen Epilepsien entstehen dagegen aufgrund genetischer Veranlagung. Davon sind vor allem verschiedene Eiweißstoffe in der Membran von Nervenzellen betroffen, die die Erregbarkeit steuern. Etwa 40 Prozent der Menschen mit Epilepsie leiden unter dieser Form der Krankheit.

Genetisch bedingte Epilepsien

Im Blickpunkt stehen bei den idiopathischen Epilepsien die Ionenkanäle. Das sind Moleküle in der Zellmembran, die zum Beispiel Natrium-, Kalium- oder Calcium-Ionen durchlassen. Je nach Art der Ionen, die durch solche Kanäle wandern, entsteht eine anregende oder hemmende Wirkung auf die Nervenzellen. »Die genetischen Epilepsien sind ganz überwiegend Ionenkanalerkrankungen«, erklärt Professor Holger Lerche. Er ist seit November 2009 Leiter der »Abteilung Neurologie mit Schwerpunkt Epileptologie« am Tübinger Universitätsklinikum und Hertie-Institut für klinische Hirnforschung. Der Neurologe beschäftigt sich

schon länger mit der Frage, wie genetisch bedingte Epilepsien ausgelöst werden. Mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), des Nationalen Genomforschungsnetzes (NGFN), des europäischen EPICURE-Projekts und jetzt auch der Hertie-Stiftung arbeitet seine Abteilung an der Identifizierung der vielen möglichen genetischen Defekte, die der Epilepsie zugrunde liegen können. Wenn diese Zusammenhänge klar sind, können gezielt neue Therapien zur Behandlung der Krankheit entwickelt werden. Zwar gibt es bereits rund 20 Medikamente, die gegen Epilepsie eingesetzt werden können, aber sie sind nicht bei allen Patienten wirksam.

Der Grund: »Die Mehrzahl der Patienten hat wahrscheinlich sehr viele verschiedene Varianten von genetischen Defekten, die alle Epilepsie verursachen können. Unsere Aufgabe ist es herauszufinden, welche Varianten das sind und warum sie die Krankheit auslösen. Wir gehen davon aus, dass wir genomweit Hunderte bis Tausende solcher Abweichungen in großen Patientenkollektiven finden werden«, beschreibt Holger Lerche die Herausforderung, vor der die Wissenschaftler stehen. Häufig vorkommende Genvarianten können nur einen kleinen Teil der Erblichkeit bei vielen Krankheiten erklären, auch bei solchen, die mit Epilepsie in Zusammenhang stehen. Daher wird man in der Zukunft mit Hilfe neuer genetischer Techniken alle bekannten Gene auf genetische Veränderungen hin untersuchen müssen.

Hemmende Reize fallen weg

Einige genetische Rätsel im Zusammenhang mit der Epilepsie konnte die Wissenschaft bereits lösen. In einem Fall zum Beispiel ist nicht die elektrische, sondern die Erregungsleitung über den Botenstoff GABA (Gamma-Amino-Buttersäure) betroffen. Wie man inzwischen weiß, kann bereits eine einzige genetische Mutation im Bauplan eines Rezeptors dieses Botenstoffs auch für sich allein schon zu Epilepsie führen. Normalerweise wird mit der Bindung von GABA an den Rezeptor die elektrische Aktivität im Gehirn gehemmt. Ist die Hemmwirkung

durch genetische Erbgutveränderungen beeinträchtigt, kann Epilepsie entstehen: »Jede Nervenzelle empfängt massenhaft hemmende und erregende Einflüsse. Wenn die hemmenden Reize wegfallen, kommt es zu einer überschießenden Erregung, die einen epileptischen Anfall auslösen kann«, erklärt Holger Lerche. Ein anderer bereits bekannter Auslöser der Epilepsie ist der »Glucosetransporter-Defekt«, eine ebenfalls genetisch bedingte Stoffwechselkrankheit, die bewirkt, dass das Gehirn nicht ausreichend mit seinem wichtigsten Energieträger, dem Traubenzucker, versorgt wird.



Der Junge in der Mitte dieses Ausschnitts aus dem Gemälde »Verklärung Christi« des italienischen Malers Raffael (1483 bis 1520) erleidet vermutlich gerade einen epileptischen Anfall.

Die häufigsten idiopathischen Epilepsien betreffen vor allem Kinder und Jugendliche. Sie äußern sich oft in ganz typischen Syndromen. Bei einem davon treten epileptische Anfälle bereits im Säuglingsalter auf. Kinder im Einschulungsalter können sogenannte Absenzen zeigen. Das sind kurze Zeiten geistiger Abwesenheit, die beispielsweise durch fehlende Worte in einem Diktat bemerkt werden können. FÖR

Mit dem Kopf in fernen Galaxien

Die Emmy Noether-Stipendiatin Manami Sasaki ergründet Röntgenquellen im Weltall

Die Forschungsobjekte von Dr. Manami Sasaki sind größer kaum denkbar: Sie untersucht gleich ganze Galaxien. Zwar gibt sie sich erst einmal mit der Analyse naher Galaxien in der sogenannten lokalen Gruppe um unsere Milchstraße herum zufrieden, etwa der Andromeda-Galaxie, der Triangulum-Galaxie und den Magellanschen Wolken. Ihr Fernziel ist jedoch, aus dem Aufbau und den Entwicklungen in nahen großen Sternsystemen auch auf die Vorgänge in noch fernerer Galaxien schließen zu können und dadurch weiter in die Geschichte des Universums zurückzugehen.

Manami Sasaki, die ursprünglich aus Japan stammt, hat an der Universität Heidelberg Physik studiert und an der Ludwig-Maximilians-Universität München promoviert. Bevor sie nach Tübingen kam, hat sie am Harvard-Smithsonian Center for Astrophysics im US-amerikanischen Cambridge gearbeitet. »Zuerst hat mein Mann in Tübingen eine Stelle gefunden, da hatte ich gerade das erste Kind bekommen. Aber auch für mich war Tübingen ein glücklicher Zufall. Denn hier bei Professor Andrea Santangelo ist eine der wenigen Arbeitsgruppen in Deutschland angesiedelt, die für meine Forschungen in Frage kamen«, sagt die Astrophysikerin. Sie erhält im Rahmen des Emmy Noether-Programms der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein Stipendium, mit dem sie als Nachwuchswissenschaftlerin über fünf Jahre hinweg eine eigene Arbeitsgruppe aufbauen kann – ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Professur.

Analyse der Wellenlängenspektren

Manami Sasaki hat mittlerweile zwei Kinder und ist im vergangenen Jahr nach dreieinhalb Jahren Erziehungspause in die Forschung zurückgekehrt. »Das war erstaunlich einfach, und es hat Spaß gemacht. Forschen verlernt man nicht, das ist wie beim Fahrradfahren.« Auch habe sie immer Kontakt zu ihren früheren Betreuern und Kollegen in der Forschung gehalten. »Die Astrophysik ist nicht so stark von Konkurrenz geprägt wie etwa Biochemie und Medizin«, findet sie. Ihre Galaxien-Forschung beruht auf der Messung und Auswertung von Röntgenstrahlung, die aus verschiedenen Quellen im Weltall stammt und auch nur vom All aus gemessen

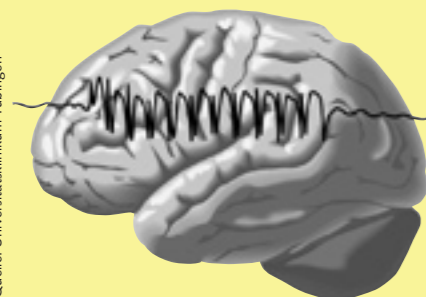


»Forschen verlernt man nicht«, sagt die Astrophysikerin Manami Sasaki nach einer Erziehungspause, »das ist wie beim Fahrradfahren.«

werden kann. »In den 1990er-Jahren wurden mit der Mission ROSAT viele bis dahin unbekannte Röntgenquellen entdeckt«, erklärt Manami Sasaki. Diese Archivdaten stehen ihr zur Verfügung, aber auch die noch besser aufgelösten Daten der aktuell messenden Röntgenteleskope der Missionen XMM Newton, Chandra und Suzaku.

Bei der Analyse geht es zunächst darum, die Quellen der Strahlung auszumachen. Die Astrophysikerin muss unterscheiden, ob schwächere Strahlung aus einer schwachen, aber relativ nah gelegenen Quelle stammt oder aus einer stärkeren, weit entfernten. »Immerhin haben Sterne oder die Strahlungsquellen in einer Galaxie verschiedene Wellenlängenspektren, auch die Häufigkeit verschiedener chemischer Elemente ist unterschiedlich, sodass sich die Röntgenquellen häufig zuordnen lassen.« Teilweise auch mithilfe optischer Spektren im Bereich des für Menschen sichtbaren Lichts kann sie bestimmte Doppelsternsysteme als Röntgenquellen ausmachen. »Ein Röntgendoppelsternsystem besteht aus einem normalen Stern und einem kompakten Objekt wie einem Neutronenstern, Schwarzen Loch oder Weißen Zwerg, die alle Formen sterbender Sterne sind«, sagt sie. Die kompakten Objekte ziehen Materie aus dem Stern zu sich heran, dabei wird Energie frei, unter anderem in Form von Röntgenstrahlen.

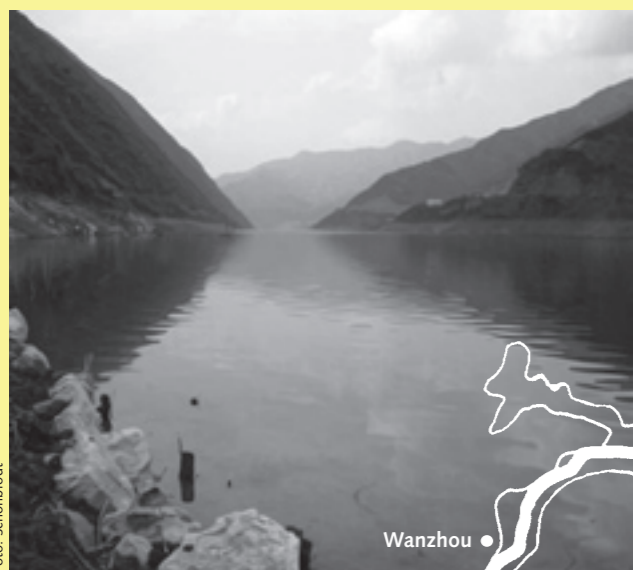
»Wenn das Doppelsternsystem aus normalem Stern mit Neutronenstern besteht, ergibt sich im Röntgenbereich eine variierende Strahlung wie beim rotierenden Licht eines Leuchtturms«, berichtet Sasaki, »in einem Doppelsternsystem mit einem schwarzen Loch gibt der normale Stern Materie in eine Scheibe um das Schwarze Loch ab, diese wird abgebremst und fällt schließlich auf das Schwarze Loch.« Diese Prozesse lassen sich aus den Röntgendaten rekonstruieren. Allerdings nicht aus einem einzelnen Doppelsternsystem, die Entwicklungen sind viel längerfristig als ein Menschenleben. Doch im All finden sich Systeme in verschiedenen Stadien, die gleichzeitig beobachtet werden können. Manami Sasaki interessiert sich außerdem für das interstellare Medium, die Materie zwischen den Sternen. »Zwischen den hell leuchtenden Sternen einer Galaxie befindet sich kaltes bis sehr heißes Gas, das sich unter bestimmten Bedingungen zu einem Stern verdichten kann. Dieser Kreislauf ist bisher kaum verstanden«, sagt sie. Längst ist eine neue Mission, eROSITA, zur Durchmusterung des Röntgenhimmels geplant. »Da habe ich hier einen Standortvorteil, weil Tübinger Kollegen an der Entwicklung beteiligt sind und ich die Daten von Anfang an erhalten werde«, berichtet Manami Sasaki. Ein bisschen Konkurrenz herrscht auch in der Astrophysik. JE



Die elektrische Aktivität des Gehirns während eines epileptischen Anfalls, dargestellt im Elektroenzephalogramm

Die massive Staumauer bringt die Böden in Bewegung

Tübinger Geographen untersuchen Entwicklungen am Drei-Schluchten-Damm des Yangtze



Der Yangtze (breite Linie), aufgestaut auf einen 660 Kilometer langen Stausee (schmale Linien): Der gewaltige Eingriff stellt die Bevölkerung vor zahlreiche Probleme.

Foto: Schönbrodt

Ein groß, um nicht zu sagen immens angelegtes Projekt ist der Drei-Schluchten-Staudamm am Yangtze (Sanxia-Staudamm), dem drittlängsten Fluss der Welt, in der chinesischen Provinz Hubei bei der Stadt Yichang. Die chinesische Regierung will mithilfe des 660 Kilometer langen Stausees in Wasserkraftwerken große Mengen Strom erzeugen, den Yangtze schiffbar machen und Hochwasserstände in Uferregionen kontrollieren. Durch die Flutung ganzer Landstriche, die 2009 mit 175 Metern über dem Meeresspiegel erstmals den Höchststand erreichte, müssen nach inoffiziellen Schätzungen bis zu fünf Millionen Menschen umgesiedelt werden. Die Folgen dieses Eingriffs werden wissenschaftlich von zehn deutschen Forschungseinrichtungen unter der Koordination des Forschungszentrums Jülich begleitend untersucht. Finanziert werden die Untersuchungen im Rahmen der Hightech-Strategie der deutschen Regierung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Professor Thomas Scholten vom Geographischen Institut der Universität Tübingen koordiniert die Projekte im Themenbereich Landnutzungswandel – Erosion – Hangbewegungen – Stoffeinträge. Dabei sollen die Risiken und die Stabilität des Drei-Schluchten-Ökosystems hinsichtlich Bodenerosion, Hangrutschungen, diffusen Stoffeinträgen und Landnutzung eingeschätzt werden. Mit der

Arbeit wollen die Forscher auch die Grundlage für die Entwicklung eines Frühwarnsystems bei Erdbeben und Gerölllawinen sowie eines Umweltmonitoringsystems schaffen. »Vor dem Bau des Staudamms hat die Mehrheit der Menschen in dieser Region Landwirtschaft auf den fruchtbaren Talböden betrieben. Sie mussten ihre Häuser verlassen. An den Hängen des Stausees wurden neue Häuser gebaut, auch wurden breitere Straßen hangaufwärts neu angelegt«, berichtet Sarah Schönbrodt, die am Lehrstuhl für Physische Geographie und Bodenkunde promoviert. Dadurch könnte sich im Stauseegebiet das Risiko für Bodenerosion und Massenbewegungen deutlich verstärken.

Geringes Platzangebot

»Wie im Allgäu«, so beschreibt Thomas Scholten das steile Gelände an den neuen Siedlungsorten der Menschen, das im Schnitt 20 Grad Neigung hat. Das Platzangebot sei geringer als im früheren Tal, die Böden flachgründiger. »Dass der Untergrund in Bewegung ist, können die Dorfbewohner selbst sehen: Bereits die neuen Häuser und Straßen haben Risse, und auf den Feldern ist der Boden teilweise komplett erodiert. Oft kommt das blanke Gestein durch«, berichtet Sarah Schönbrodt, die bereits einige Male zu mehrwöchigen Felduntersuchungen in China war und mit Forschern

und Studenten der Universität in Wuhan zusammenarbeitet. Ihr Untersuchungsgebiet ist das 3.200 Quadratkilometer große Einzugsgebiet des Xiangxi-Flusses, der circa 40 Kilometer oberhalb des Staudamms in den Yangtze fließt. In dem schwer zugänglichen Gebiet arbeiten die Tübinger Forscher in zwei kleineren exemplarisch ausgewählten Testgebieten mit einer Größe von 2,8 beziehungsweise 88 Quadratkilometern. »Im Gelände beobachten wir die Erosionsentwicklung und erstellen Bodenprofile, wichtige Bodeneigenschaften werden über Probenahme im Labor untersucht«, berichtet Sarah Schönbrodt.

Außerdem nutzt die Geographin eine zweite Datenquelle: Bilder der Erdoberfläche aus Satellitendaten, die seit 2007 das Radarauge TerraSAR-X aufnimmt. In hoher zeitlicher Auflösung lassen sich Veränderungen der Landnutzung wie auch Bodenbewegungen erkennen. Seit Juli 2010 erfasst der in geringem Abstand fliegende Zwillingsatellit TanDEM-X die Geodaten aus einer zweiten Perspektive, sodass sogar ein dreidimensionales Bild entsteht.

An den neu besiedelten steilen Hängen müssen die Einheimischen Terrassenfeldbau betreiben. »Die Terrassen werden von den etablierten Bodenerosionsmodellen bisher nur marginal berücksichtigt. Ich arbeite an einem neuen Teilmodell in diesem Bereich«, erklärt die Geographin. Ziel der Wissenschaftler ist, Empfehlungen für den nötigen Aufwand zum Erhalt der Terrassen und die Minimierung der Erosionsgefahr abzugeben.

»Vor dem Staudambau war der Yangtze mit den Nebenflüssen ein natürliches Fließgewässersystem, nun ist es ein See. Auf riesigen Flächen kommt es in dem stehenden Wasser zu massenhafter Algenblüte und Fischsterben«, schildert sie weitere ökologische Probleme. Das Landschaftsbild habe sich völlig verändert. »Dennoch sind die Menschen stolz auf den Staudamm. Der Bau hat auch die Erschließung der Regionen mit sich gebracht. Vorteile für die Landbevölkerung sind gut befahrbare Straßen, über die Güter in die Gegend kommen und isolierte Dörfer verbunden werden«, sagt Thomas Scholten. JE

»Tarifpluralität passt ins 21. Jahrhundert«

Der Arbeitsrechtler Hermann Reichold analysiert die aktuellen Entwicklungen im Tarifrecht

Ärzte, Lokführer, Fluglotsen oder Piloten machten in jüngster Zeit Schlagzeilen. Als Berufsgruppen organisiert, versuchen sie abseits der großen Gewerkschaften ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Das stört den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Arbeitgeber gleichermaßen. Die Interessenverbände übten Druck auf die Politik aus mit dem Effekt, dass im September ein »Gesetz zum Erhalt der Tarifeinheit« in den Bundestag eingebracht werden soll. Der bisher informell angewandte Grundsatz – »ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarifvertrag« –, der im immer noch geltenden Tarifvertragsgesetz von 1949 so nicht steht, soll darin jetzt festgeschrieben werden. Auslöser ist die aktuelle Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts. Das Gericht aktiviert auch für die neu entstandenen Sparten Gewerkschaften den verfassungsrechtlich garantierten Schutz der Koalitionsfreiheit »für alle Berufe« (Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz). Als Spezialist für Arbeitsrecht ist Professor Hermann Reichold von der Universität Tübingen aus wissenschaftlicher Perspektive mit diesem Thema beschäftigt. Er ist Mitglied einer Kommission von Arbeitsrechtlern, die in Eigeninitiative eine verfassungsgerechte und zeitgemäße Alternative zur geplanten Änderung des Tarifvertragsrechts entwickeln möchte. Im Interview analysiert er die aktu-

ellen Auseinandersetzungen in der Tarifpolitik aus juristischer Sicht.

attempto! Herr Professor Reichold, welche gesellschaftlichen Eckdaten kennzeichnen die Entwicklungen in der Tarifpolitik?

Den Gewerkschaften laufen, mit Ausnahme der klassischen Felder der Produktion, die Mitglieder weg. Aber unser System der Tarifautonomie lebt von mitgliederstarken Verbänden. Das ist das Problem des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berufsgruppen in gesellschaftlich wichtigen Schlüsselpositionen wie Ärzte oder Lokführer haben gezeigt, dass sie trotz ihrer beschränkten Größe in der Lage sind, Druck auszuüben. Diese Funktionselemente fühlen sich von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di nicht ausreichend vertreten, weil sich diese vor allem um das Gros der einfachen Arbeitnehmer kümmert. Wir haben also zunehmend Berufe, die mit dem Grundsatz der Tarifeinheit »ein Betrieb, ein Tarifvertrag« schlecht wegkommen und sich in Sparten- oder Spezialistengewerkschaften organisieren.

attempto! Was bedeutet diese Entwicklung hin zur Tarifpluralität für Gewerkschaften, Arbeitnehmer und Arbeitgeber?

Weil wir zunehmend härtere Verteilungskämpfe haben, bedeutet das für die Gewerkschaften, dass sie sich besser um ihre Zielgruppen küm-



Foto: Albrecht

Der Jurist Hermann Reichold ist Spezialist für Arbeitsrecht an der Universität Tübingen.

mern müssen. Auf der anderen Seite können sich die Arbeitnehmer mit Hilfe der Spezialistengewerkschaften Sondervorteile verschaffen. Das Interesse der Arbeitgeber ist es natürlich, möglichst wenige Tarifpartner zu haben. Ein gutes Tarifvertragsgesetz sollte also sicherstellen, dass Arbeitgeber nicht ständig mit Streiks rechnen müssen. Wir brauchen außerdem eine Abstimmung der verschiedenen Gewerkschaften untereinander, etwa was die Laufzeit der Tarifverträge angeht.

attempto! Wie beurteilen Sie persönlich die neu entstehende Tarifpluralität?

Ich halte diese Entwicklung für unumkehrbar. Die Tarifpluralität passt ins 21. Jahrhundert. Wir haben dadurch eine viel bewussteren Interessenvertretung, die nicht automatisch über die großen Gewerkschaften besser funktioniert als über kleine Berufsgruppen.

attempto! Was halten Sie vom geplanten »Gesetz zum Erhalt der Tarifeinheit«?

Das ist der Versuch des bröckelnden Kartells von Arbeitgebern und Gewerkschaften, die Tarifeinheit gesetzlich festzuschreiben. Es würde eine Rückkehr zu den Verhältnissen des 20. Jahrhunderts bedeuten und dem gesellschaftlichen Wandel nicht gerecht. Das Ziel ist, die kleinen Gewerkschaften zu verdrängen. Wenn das so Gesetz wird, wird die Sache mit Sicherheit vor dem Bundesverfassungsgericht landen. Das Interesse unserer Kommission von Arbeitsrechtlern liegt darin, die gute Gesetzgebungsstruktur des alten Tarifvertragsgesetzes zu erhalten und gleichzeitig die Tarifpluralität darin sinnvoll zu ordnen. FÖR

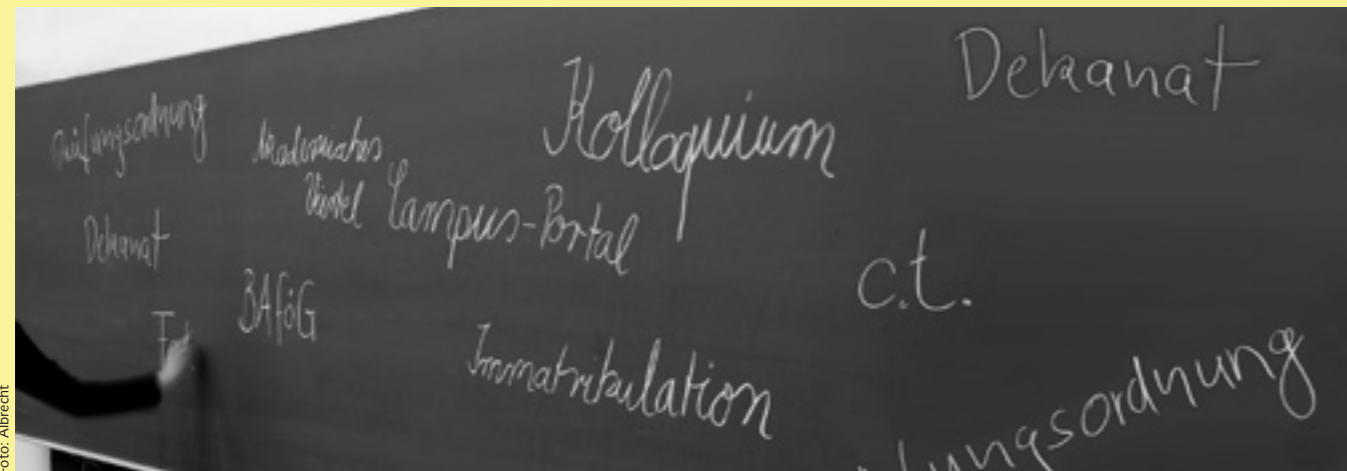


Quelle: Universitätsklinikum Tübingen

Auch in Tübingen gehen Ärzte für ihre Interessen auf die Straße.

»Unisprech« und andere Hürden überwinden

Beratungsangebote der Universität Tübingen für Schüler sind gefragt



Wer versteht »Unisprech«?: Beim »Treffpunkt Uni«, einem Beratungsangebot der Zentralen Studienberatung, gibt es nützliche Informationen für zukünftige Akademiker.

Studienanfänger sollten nicht nur Fremdsprachenkenntnisse mitbringen. Am besten wäre es, sie hätten auch schon einen Kurs im Fach »Unisprech« absolviert. Dann wüssten sie, was zum Beispiel ein Modulhandbuch, ein Studienplan oder ein Kolloquium ist. Weil es das aber nicht gibt, und weil die ersten Schritte ins Studium auf völlig unbekanntes Terrain führen, sitzen an die 30 Oberstufenschülerinnen und -schüler an einem Donnerstagabend im Juli in einem Hörsaal des Verfügungsgebäudes Wilhelmstraße 19. Sie besuchen die letzte Semesterveranstaltung der Reihe »Treffpunkt Uni« und nutzen damit eines von mehreren Schülerangeboten der Zentralen Studienberatung.

Die ersten Schritte ins Studium

Das Thema an diesem Abend: »Die ersten Schritte ins Studium – Orientierung an der Uni«. Neben praktischen Tipps wie – »um was muss ich mich vier Wochen vor Studienstart kümmern?« – gibt es dort auch Nahrung für die Trost suchende Studienanfängerseele: »Man muss aushalten können, dass man nicht allem gerecht wird«, »man überlebt an der Hochschule nur in sozialen Gemeinschaften«, »denken Sie an Ihr Vergnügen, nicht nur, aber auch«, »die Uni soll auch ein Ort sein, wo Sie über den Tellerrand schauen können, nutzen Sie es!«, sagen die Psychologin Brunhilde Huber und der Pädagoge Klaus Heinrich, beide Mitarbeiter der Zentralen Studienberatung und Leiter der abendlichen Veranstaltung.

Während es die Reihe »Treffpunkt Uni« erst seit dem Wintersemester 2009/10 gibt, hält die Universität Tübingen auch lang bewährte Angebote für Schüler bereit. Seit 1992 beispielsweise gibt es den Studientag. Er wird in Zusammenarbeit mit Gymnasien – das Einzugsgebiet umfasst den Bodensee bis hinauf in den Heilbronner Raum – »sehr gut nachgefragt«, wie Klaus Heinrich berichtet. Normalerweise wird dieser Tag einmal im Jahr angeboten, aber: »Mit einem zweiten Termin für 2010 im November reagieren wir schon jetzt auf den doppelten Abiturientenjahrgang 2012«, ergänzt der Beratungsfachmann. Am Studientag kommen künftige Abiturienten an die Uni, um sich dort über Angebot und Modalitäten ihres Wunsch-Fachgebiets zu orientieren. Es gibt Führungen durch Institutsgebäude, Infostände und die Chance, ältere Semester um Rat zu fragen. Seit mehreren Jahren bietet auch das Schnupperstudium Schülern und anderen Außenstehenden die Möglichkeit, ohne Voranmeldung bestimmte auf der Homepage der Zentralen Studienberatung bekannt gegebene Vorlesungen beinahe aller Fachrichtungen zu besuchen. Weil die Besucher nicht registriert werden, lässt sich nicht feststellen, wie intensiv dieses Angebot genutzt wird.

Aber es bietet immerhin eine gute Chance, Fehlentscheidungen bei der Studienwahl zu vermeiden. Studieneinsteiger seien häufig unsicher, ob sie sich für das richtige Fach entschieden haben oder ob sie die Anforderungen auch schaffen, erzählt Klaus Heinrich. Der Fall, dass Erstsemester am ersten Tag ihres Studiums nachmittags in die Sprechstunde kommen (»ich bin hier ganz falsch«) ist keine Seltenheit: »Das kommt nicht nur einmal vor und zeigt, wie abschreckend unsere Hochschule an manchen Stellen wirken kann«, meint der Pädagoge.

Im Verfügungsgebäude, beim »ersten Trainingscamp für Unianfänger – vorne stehen und Leuten etwas erzählen, die man nicht kennt« (Heinrich) gehen die Teilnehmer gerade einzeln an die Tafel. In der Hand halten sie ein eben gezogenes Kärtchen mit einer von vielen unbekanntenen »Unisprech«-Vokabeln. Vor ihresgleichen geben die Schüler dann ziemlich souverän ihre persönlichen Interpretationen bekannt. Danach ordnen sie ihr Kärtchen bestimmten, an der Tafel aufgelisteten Themenfeldern wie »Regularen« oder »Prüfungsordnungen« zu. Brunhilde Huber oder Klaus Heinrich klären auf und helfen gerne.

FÖR

Weitere Informationen
www.uni-tuebingen.de/abz

Preiswürdig engagierte Studierende

Erste Trägerin einer neuen Auszeichnung der Universität ist die Initiative StudIT

Es soll bei einer Sitzung der »Senatskommission Studium und Lehre« recht spontan passiert sein: Die Lehrenden haben vorgeschlagen, besonders engagierte Studierende mit einem eigenen Preis der Universität Tübingen auszuzeichnen. Vorbild für den daraufhin ins Leben gerufenen »Sonderpreis für studentisches Engagement« ist ein entsprechender Preis des Landes Baden-Württemberg. Im Oktober 2010 beim Dies Universitatis wurde der Universitätssonderpreis zum ersten Mal verliehen.

Gewürdigt werden soll beispielhaftes studentisches Engagement einer Einzelperson oder einer Gruppe, das anderen Studierenden unmittelbar zugute kommt. Der Preis ist mit 2500 Euro aus Studiengebühren dotiert. Der Preisträger kann frei entscheiden, für welche studentischen Belange er ihn einsetzen will. Die Auszeichnung geht in ihrem ersten Jahr an die »Studierendeninitiative Internationales Tübingen – StudIT«, die sich um die Integration Studierender aus aller Welt ins Tübinger (Universitäts-)Leben kümmert. StudIT soll dadurch die Gelegenheit erhalten, sich noch stärker zu professionalisieren. Seit 2002 vermittelt die Studierendengruppe im Mentorenprogramm Semester für Semester Hunderte von Partnerschaften zwischen jeweils einem deutschsprachigen Tübinger Studierenden als Mentor oder Mentorin und einem internationalen Gaststudierenden. Für alle Programmteilnehmer bietet StudIT eine wöchentliche Sprechstunde im Büro in der Nauklerstraße an, einen Stammtisch, Themenabende und preisgünstige Ausflüge. Außerdem organisiert die Initiative einen Großteil des Programms der Tübinger Orientierungswoche für internationale Studierende, die jeweils in der Woche vor Semesterbeginn stattfindet. »Natürlich freuen wir uns sehr über den Preis«, sagen Cathrine Bitzer, Lehramtsstudentin in Deutsch, Englisch und Geografie, und Linda Klein, Masterstudentin in Rhetorik. Sie bilden das Kernteam von StudIT zusammen mit den Lehramtsstudierenden Janina Zimmermann (Englisch und Evangelische Theologie) und Benjamin Merkle (Geschichte und Germanistik) sowie dem Bachelorstudenten in Rhetorik Benjamin Grotepaß. Bis vor kurzem war auch der Informatikstudent René Springmeier da-

bei. Auf aktuell fünf Personen verteilt sich die ganze Organisationsarbeit, die auch vor den Semesterferien nicht halt macht. Zwar haben die StudIT-Organisatoren Verträge als studentische Hilfskräfte beim Dezernat für Internationale Angelegenheiten, doch reichen diese längst nicht für jede gearbeitete Stunde aus. Engagement beweisen außerdem die vielen Mentorinnen und Mentoren, die in den Partnerschaften bereit sind, ausländischen Studierenden bei Unternehmungen, Fragen und Problemen zur Seite zu stehen.

Schnelle Vermittlung

»Wir hatten noch gar nicht so richtig Zeit, gemeinsam zu beraten, wofür wir das Geld ausgeben wollen«, sagt Cathrine Bitzer. Linda Klein möchte mit den 2500 Euro am liebsten eine Anschaffung machen, die allen längerfristig zugute kommt wie ein typisch Tübinger Stocherkahn. Doch der ist deutlich teurer. »Und auf einen Liegeplatz müsste man viele Jahre warten«, sagt Cathrine Bitzer. Vielleicht lassen die StudIT-Organisatoren aber auch eine Webanwendung entwickeln, mit der sich die Vermittlung der Mentoren-Mentee-Partnerschaften, die nach Kriterien wie Studienfach, Alter und Interessen läuft, schneller und effizienter gestalten lässt. Ziel sei es, die inter-

nationalen Studierenden schon bei ihrer Ankunft in Tübingen mit einem Mentor zu versorgen. »Manchmal melden sich die Mentoren nicht gleich bei ihrem Partner, dann müssen wir schnell einen neuen vermitteln«, berichtet Linda Klein. Allgemein sei jedoch die Bereitschaft zum Mitmachen bei den deutschen Studierenden groß. »Viele nennen als Motiv, dass sie sich im Ausland durch ähnliche Programme gleich aufgenommen gefühlt haben und das nun zurückgeben wollen.« Die Tübinger Studierenden fordert StudIT regelmäßig per Massenmail auf, an dem Programm teilzunehmen. Die internationalen Studierenden werden von der Universitätsverwaltung bei der Zulassung über das Angebot informiert. »Seit etwa einem Jahr laufen auch sehr viele Kontakte über unsere Facebook-Gruppe«, sagt Cathrine Bitzer. Das niedrigschwellige Angebot von StudIT, so schätzen die Studentinnen, komme vor allem Neutübinger und zurückhaltenden Studierenden zugute. »Nach einer Weile haben die meisten sowieso einen größeren Freundeskreis«, sagen sie. Das StudIT-Kernteam ist jedoch weiter mit Begeisterung bei der Sache, teilweise bereits seit drei oder gar fünf Semestern. Linda Klein meint: »Es ist ein Virus, sich die Welt nach Hause zu holen.«

JE



Das Kernteam von StudIT (von links): Benjamin Grotepaß, Janina Zimmermann, Catherine Bitzer, Linda Klein und Benjamin Merkle

Foto: Albrecht

»TübAix« wird 20

Der deutsch-französische Studiengang für Geschichte hat sich erfolgreich weiterentwickelt



Die Programmverantwortlichen des Studiengangs »TübAix« bei der Verleihung des Hans-Gmelin-Preises (von links): Professor Georg Schild, Christian Dumon, Emily Loeffler, Judith Schittenhelm, Professor Josef Molsberger, Professor Ellen Widder, Dr. Stefan Zauner und Dr. Georges Leyenberger

Was einst als »Integrierter deutsch-französischer Magisterstudiengang Geschichte/Germanistik zwischen den Universitäten Tübingen und Aix-en-Provence« begann, hat sich unter dem Kürzel »TübAix« längst einen Namen gemacht und kann inzwischen auf eine zwanzigjährige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Vorausgegangen war 1988 die Gründung des Deutsch-Französischen Hochschulkollegs (DFHK) mit Sitz in Mainz. Dessen maßgebliche Aufgabe bestand, gemäß einer deutsch-französischen Vereinbarung der Außenminister, in der »Unterstützung der Schaffung von gemeinsamen Studienprogrammen, vor allem von integrierten Studiengängen«.

Modell für integrierte Studiengänge

Tatsächlich konnte auf der Basis einer damals schon über 30 Jahre bestehenden Hochschulkooperation (siehe »Unigeschichte«, S. 44) und mit Unterstützung des DFHK der Studiengang bereits zum Studienjahr 1990/91 starten. Damit war das binationale Studienprogramm das erste dieser Art im Fach Geschichte und hatte Modellcharakter für weitere integrierte Studiengänge, die folgen sollten. Durch das

wechselseitige komplementäre Studium an den Universitäten Tübingen und Aix-en-Provence erwerben die Studierenden des Hauptfachs Geschichte die Studienabschlüsse beider Länder innerhalb der herkömmlichen Regelstudienzeit. Die jeweiligen Vorzüge der beiden nationalen Bildungssysteme werden dabei sinnvoll kombiniert, die Studienleistungen in Geschichte und in zahlreichen Nebenfächern wechselseitig anerkannt. Die an beiden Partnerhochschulen von einer deutsch-französischen Jury ausgewählten Studierenden durchlaufen ihre akademische Ausbildung ab dem zweiten Studienjahr gemeinsam und bilden binationale Jahrgänge. Weitgehende Zweisprachigkeit, gelebte Interkulturalität, eine fundierte wissenschaftliche Ausbildung in zwei Bildungssystemen sowie die bewiesene Bereitschaft zu hoher Mobilität und Flexibilität: Dies sind Kompetenzen, die der Studiengang seit nunmehr 20 Jahren vermittelt und durch die sich seine Studierenden auszeichnen. Verbleibstudien zeigen, dass sie nicht nur zügig studieren und mit überdurchschnittlichen Leistungen abschließen, sondern sich auch von Anfang an erfolgreich in ihrem

späteren Berufsleben bewähren. Die befragten Absolventen waren mit großer Mehrheit der Meinung, ihr Doppeldiplom habe ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt definitiv erhöht. Noch vor der flächendeckenden Umstellung der deutschen Universitätslandschaft konnte »TübAix« zum Wintersemester 2004/05 nach den Vorgaben zur Europäisierung des Hochschulsystems auf ein konsekutives Bachelor-/Master-Studium umstellen und bietet seit dem Studienjahr 2007/08 zusätzlich eine direkte Einstiegsmöglichkeit in den Master-Abschnitt. Dank des gemeinsamen Studienplanes sieht das Programm etwa gleichgewichtige In- und Auslandsphasen in beiden Studienabschnitten vor. Als nächster Schritt ist die Einführung einer berufsfeldorientierten Option neben der bisherigen forschungsorientierten Ausrichtung des deutsch-französischen Masters geplant. Seinen innovativen Charakter bewies der derzeit auf Tübinger Seite von Professor Ellen Widder geleitete und von Judith Schittenhelm betreute »TübAix« auch 2007, als er für sein »gemeinsames und sehr professionelles Marketingkonzept« und den dadurch erzielten hohen Bekanntheitsgrad in beiden Ländern mit dem Marketingpreis der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) ausgezeichnet wurde. Erst kürzlich gab es eine weitere Ehrung: Die Programmverantwortlichen wurden am 20. Juni 2010 von der Deutsch-Französischen Gesellschaft Tübingen mit dem Hans-Gmelin-Preis für das außergewöhnliche Engagement für die deutsch-französische Verständigung ausgezeichnet. Auch der aus Studierenden und Ehemaligen bestehende Alumni-Verein »Les Amis du TübAix« wurde mitgeehrt, da er – so die Urkunde – »ein grenzüberschreitendes deutsch-französisches Netzwerk und eine Brücke zwischen Universität und Praxis in beiden Ländern« bildet. Dass die deutsch-französische Verständigung lebendig ist, wird sich am 12. November 2010 erneut zeigen. Dann treffen sich in Aix-en-Provence derzeitige und ehemalige Programmverantwortliche, Studierende und Absolventen sowie Angehörige beider Partneruniversitäten, um auf einer gemeinsamen Tagung mit Vorträgen und Diskussionen das 20-jährige Bestehen »ihres« Studiengangs zu begehen.

Judith Schittenhelm

Heute Theologicum, morgen McKinsey

Bachelor-Studiengang eröffnet katholischen Theologen neue Berufsperspektiven

Mit einem Abschluss am Theologicum in die Unternehmensberatung gehen? Was nach einer eher unkonventionellen Karriere klingt, ist in Tübingen durchaus eine realistische Option. Ab dem Wintersemester 2010/11 bietet die Katholisch-Theologische Fakultät einen Bachelor-Studiengang an. Den Absolventinnen und Absolventen stehen damit Berufswege jenseits der Seelsorge und des Lehramts offen. Neu ist ein Abschluss mit Fakultätsprüfung – statt kirchlicher oder Staatsprüfung – in der Theologie nicht. So löst der dreijährige Bachelor den bisherigen Magister-Studiengang ab, das Diplom mit einer Studiendauer von fünf Jahren wird unter der Bezeichnung »theologisches Vollstudium« weitergeführt. Viele Studierende entschieden sich für die Theologie, weil sie sich eingehend mit den Inhalten des Fachs auseinandersetzen wollten, nicht um einen typisch kirchlichen oder schulischen Berufsweg zu gehen, erklärt Professor Bernd Jochen Hilberath, Studiendekan an der Katholisch-Theologischen Fakultät. Um dem genügend Raum zu geben, wird der neue Studiengang als Zwei-Fach-Bachelor angeboten, bei dem man katholische Theologie im Haupt- und Nebenfach studieren kann. Im ersten Teil des Studiums stehen vier Module auf dem Lehrplan, in denen die Studierenden Grundlagenwissen erwerben und Methoden kennen lernen. Mit den biblischen, historischen, systematischen und praktischen Fächern werden so die zentralen Bereiche der katholischen Theologie abgedeckt. Außerdem gehört Latein zum Pflichtprogramm. Im Bachelor-Hauptfach sollten sich die Studierenden wahlweise auch Bibeldgriechisch oder Hebräisch aneignen. Nach den einführenden Modulen geht es interdisziplinär weiter: Thematische Blöcke wie etwa »Schöpfungstheologie und Anthropologie« oder die »Gottesfrage« werden in Wahlveranstaltungen aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Individuelle Schwerpunkte können die Studierenden zudem im Rahmen eines Wahlmoduls in der praktischen Arbeit setzen. Kontaktstellen helfen, Praktikumsplätze zum Beispiel in sozialen Einrichtungen oder auch in der Industrie zu vermitteln. Zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen, die wichtiger Bestandteil des



Mit einem Theologie-Bachelor ins Management – oder zu den Medien und in die Erwachsenenbildung

Bachelor-Studiums sind, mache die katholische Theologie eigene Angebote, erklärt Studiendekan Hilberath. So können die Studierenden etwa Kurse in Gesprächsführung belegen oder zur »Themenzentrierten Interaktion« (TZI), einem Lehr- und Lernmodell zur Arbeit in Gruppen. Hinzu kommen die Studium-Professionale-Angebote des Career Service.

Steigendes Interesse

Hilberath hebt die »hohe Kompatibilität« der theologischen Module mit den Lehrangeboten anderer Fächer hervor. Vorlesungen gibt es immer vormittags, Seminare nachmittags, zudem werden die Grundmodule häufig angeboten. Überhaupt will der Studiendekan den dreijährigen Bachelor nicht als straffes Korsett verstanden wissen. Zur Flexibilität gehört etwa auch, dass im Ausland erworbene Studienleistungen nach Möglichkeit von der Fakultät anerkannt werden. Die Arbeitsfelder der Bachelor-Absolventen sind – je nach Spezialisierung und zweitem Fach – breit gefächert. »Es gibt Leute, die gehen zu McKinsey«, so Bernd Jochen Hilberath über die Erfahrung mit bisherigen Magister-Absolventen. Auch in Personalabteilungen,

bei der Arbeitsagentur, in Archiven, Medienberufen oder der Erwachsenenbildung kommen die Theologinnen und Theologen unter. Unter den Hauptfachtheologen lag der Anteil der Magister-Studierenden, der als Orientierung für den Bachelor dienen kann, lediglich bei etwa fünf Prozent. Doch obwohl das Interesse an der Institution Kirche in der Gesellschaft abnehme und trotz aktueller Skandale sei die Nachfrage nach dem Theologiestudium steigend, stellt Hilberath fest. Er rechnet sogar mit einem weiteren Anstieg, wenn der Bedarf an Religionslehrern gedeckt sein und die Kirche weniger Seelsorger einstellen wird. Nicht zuletzt ist es auch der gute Ruf der Tübinger Theologie, der Interessenten ans hiesige Theologicum lockt. Gerade auch für internationale Studierende sei Tübingen eine beliebte Adresse, so der Studiendekan. Im Wintersemester will Bernd Jochen Hilberath die Akkreditierung des Bachelor-Studiengangs angehen. Danach ist der Aufbau eines Master-Programms dran: Ein Konzept mit dem Schwerpunkt interreligiöse und interkulturelle Kommunikation, auch in Zusammenarbeit mit anderen Fächern und mit praktischer Ausrichtung, ist schon in Planung.

TS

Kein Sprach-Institut in Deutschland bietet mehr!



Die clevere Berufswahl!
Jetzt auch Spezialisierung Internationales Recht!

EUROPA[®] INSTITUT

Mit Sprachen weltweit Karriere machen

Studienausbildungen:
 :: 7 Sprachen z. Auswahl: E, F, Sp, It, Port, Russ, Chin
 :: Spezialisierungen Touristik-/ Eventmanagement, Business-Türkisch und internationales Recht möglich
 :: MMA – Multilingual Management Assistant / Europasekretär/-in
 :: IBA – International Business Assistant
 :: Kurse in allen Sprachen und Niveaus
 Beste Berufschancen durch praxisorientierte Studienausbildungen!

Qualitätsmanagement ISO 9001:2008
 Regelmäßige Schulung
 Überwachung

DEKRA
 Staatlich anerkannt

Reutlingen • Tel. 0 71 21 / 38 44-0 www.europainstitut.eu

BEI UNS SIND SIE IN BESTEN HÄNDEN

BG-Unfallklinik Tübingen: Über 50 Jahre medizinische Kompetenz

Unfall- und Wiederherstellungschirurgie
 Verletzungen aller Art
 Arthroskopische Gelenkchirurgie
 Gelenkersatz (Endoprothetik)
 Wirbelsäulenchirurgie
Plastische Chirurgie
 Handchirurgie, Replantationschirurgie
 Verbrennungschirurgie
 Ästhetische Chirurgie

Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie
 Traumatologie des Gesichtes
 Behandlung von Gesichtsfehlbildungen
 Ästhetische Gesichtschirurgie
Zentrum für Querschnittlähmungen
Rehazentrum für BG-Patienten
Septische Chirurgie
Zentrum für Schmerztherapie
Zentrum für Ambulante Operationen

Terminvereinbarung 07071/606-1620



Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik Tübingen
 Schnarrenbergstraße 95 • 72076 Tübingen
 07071/606-0 • www.bgu-tuebingen.de

Auch wenn wir die Mittel dazu hätten...
wir verstecken keine klugen Köpfe.



Unerkannt? Bleiben Talente wie Sie bei uns garantiert nicht. Schließlich schätzen wir Menschen mit Köpfchen, die in der Praxis lernen wollen, so einiges unter einen Hut zu bekommen. Und das können Sie bei der HARTMANN GRUPPE. Ob im Rahmen eines Praktikums, einer Abschlussarbeit oder eines Einstiegs – wir bieten Ihnen den Freiraum, sich gezielt zu entwickeln. Und dieses Vertrauen zahlt sich aus. Schließlich sind wir mit der Kompetenz unserer weltweit mehr als 9.000 Mitarbeiter zu einem der international führenden Anbieter von Medizin- und Hygieneprodukten geworden. Wenn auch Sie einen erfolgreichen Berufsstart im Hinterkopf haben, ist HARTMANN für Sie mehr als nur ein gutes Pflaster. Überzeugen Sie sich selbst: www.hartmann.info

Praktikum?
Studienarbeit?
Einstieg?!

HARTMANN
hilft heilen.

PAUL HARTMANN AG · 89522 Heidenheim

WACHSEN DURCH LEISTUNG



- Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Tübingen
- Zentraler Versorgungscharakter für den Landkreis Freudenstadt
- Moderne Krankenhausstrukturen und KTQ-zertifiziert
- 416 Betten mit 7 Haupt- und 2 Belegabteilungen
- Jährlich ca. 15.000 Patienten stationär und 25.000 ambulant
- Zertifiziertes Brustzentrum (OnkoZert)
- Perinatologischer Schwerpunkt
- Geriatrischer Schwerpunkt
- Interdisziplinäres Bauchzentrum
- MVZ mit Neurochirurgie, Kardiologie und ästhetische Chirurgie
- Individuelle Betreuung unserer Studenten
- Breites Lern- und Seminarangebot

Krankenhäuser Landkreis Freudenstadt gGmbH
 Krankenhaus Freudenstadt
 Hospital zum Heiligen Geist Horb
 Klinik für Geriatrische Rehabilitation Horb




Karl-von-Hahn-Straße 120 · 72250 Freudenstadt
 Tel: 07441-54-0 · Fax: 07441-54-2538
www.kf-net.de

Schwarzwald-Baar Klinikum Villingen-Schwenningen GmbH
 Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Freiburg



Unser Klinikum
 Die Schwarzwald-Baar Klinikum Villingen-Schwenningen GmbH ist ein Klinikum mit 22 Fachkliniken und Instituten und 4 Belegabteilungen, die medizinisch hoch spezialisiert das gesamte Leistungsspektrum der Zentralversorgung (1060 Planbetten) abdecken. Jährlich werden 43.000 stationäre und 80.000 ambulante Patienten versorgt.

Das Klinikum liegt mit den Standorten Villingen, Schwenningen, Donaueschingen und St. Georgen im Schwarzwald – eine Region, die alles bietet, was man sich wünschen kann: Ein reichhaltiges Kultur- und Freizeitangebot, eine intakte Infrastruktur, ein ausgezeichnetes Bildungssystem und eine wunderschöne Landschaft.

Unser Klinikum genießt in der Region einen hervorragenden Ruf.

Wir bieten folgende Weiterbildungen und Schwerpunkte an:

- **Anästhesiologie** Spezielle Anästhesiologische Intensivmedizin
- **Chirurgie** Allgemeine Chirurgie, Gefäßchirurgie, Orthopädie und Unfallchirurgie, Plastische und Ästhetische Chirurgie, Thoraxchirurgie, Visceralchirurgie, Spezielle Orthopädische Chirurgie, Spezielle Unfallchirurgie
- **Frauenheilkunde und Geburtshilfe** Gynäkologische Onkologie, Spezielle Geburtshilfe und Perinatalmedizin
- **Innere Medizin** Gastroenterologie, Hämatologie und Internistische Onkologie, Kardiologie, Pneumologie, Rheumatologie (Orthopädie), Spezielle Internistische Intensivmedizin
- **Kinder- und Jugendmedizin** Neonatologie
- **Neurochirurgie, Neurologie, Pathologie, Radiologie, Urologie** und Spezielle Urologische Chirurgie
- Allergologie, Diabetologie, Handchirurgie, Intensivmedizin und Notfallmedizin, Kinderpneumologie
- Verbundweiterbildung ^{plus} Allgemeinmedizin Baden-Württemberg

Unsere Mitarbeiter genießen:

- Ein gutes Arbeitsklima mit modernen Organisationsstrukturen und hohem Spezialisierungsgrad
- Curriculum für strukturierte Facharztweiterbildung
- Bodengebundene und luftgestützte Notarzt-Tätigkeit
- Ausgezeichneten apparativen Ausstattung in allen Bereichen
- Eine fundierte Einarbeitung und Weiterbildung an allen Arbeitsplätzen
- Geregelte flexible Arbeitszeiten inklusive elektronischer Zeiterfassung
- Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung
- Möglichkeit zur Hospitation

- Eine leistungsgerechte Vergütung nach TV-Ärzte / VKA sowie die Mitarbeiterbeteiligung nach dem Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg
- Teilnahme an regelmäßigen internen Fortbildungen
- Kostenbeteiligung bei Fort- und Weiterbildungen
- Kostenübernahme beim Erwerb der Zusatzbezeichnung Notfallmedizin
- Entlastung von administrativen Tätigkeiten durch Stationssekretärinnen / DRG-Fachkräfte
- Kostengünstige Unterkunft und Hilfe bei Wohnungssuche

Unser Projekt Zukunft:
 Möchten Sie Ihren Beitrag dazu leisten, wenn etwas wirklich Großes entsteht? Wollen Sie die Zukunft mitgestalten und so Ihre Karrierechancen verbessern? Dann nennen wir Ihnen vier gute Gründe, warum Sie bei uns arbeiten sollten:

- bis 2012 entsteht das größte Zentralklinikum in der Region
- viele Mitgestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- es macht Freude, bei uns zu arbeiten
- wir sind zukunftsorientiert und leistungsstark

Haben Sie Fragen?
 Neben unseren Klinikdirektoren steht Ihnen unsere Personalleiterin Frau Karin Burtscher unter Tel. 07721 93-1810 gerne zur Verfügung. Weitere Informationen über unser Klinikum, Ansprechpartner etc. und unseren Neubau finden Sie unter www.sbk-vs.de und www.klinikneubau-vs.de.

Wir freuen uns auf Sie!
 Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an

Schwarzwald-Baar Klinikum Villingen-Schwenningen GmbH
Abteilung Personal - Postfach 2103
78011 Villingen-Schwenningen

Die Muttersprache als Fremdsprache

Eine Betrachtung von Dagmar Leupold, Autorin und Leiterin des Tübinger »Studio Literatur und Theater«

Wer an der Universität Tübingen an einem »Creative Writing«-Seminar im »Studio Literatur und Theater« teilnimmt, kann den Regelungen zufolge Schlüsselqualifikationen im Studium erwerben. Doch inwiefern und wofür qualifiziert das kreative Schreiben?

Ich bin sicherlich nicht die Einzige, die bei dem Wort »Schlüsselqualifikation« ein gewisses Unbehagen empfindet. »Schlüsselqualifikationen sind überfachliche Qualifikationen, die zum Handeln befähigen sollen. (...) Sie sind daher kein Fachwissen, sondern ermöglichen den kompetenten Umgang mit fachlichem Wissen. Dabei setzen sich Schlüsselqualifikationen aus einem breiten Spektrum übergreifender Fähigkeiten zusammen, die sowohl aus dem kognitiven als auch aus dem affektiven Bereich stammen.« So lautet eine gängige Definition – die nicht wesentlich weiter hilft, denn es wird ja verschwiegen, wie man diese Qualifikationen erwirbt und in welcher Form sie angeboten und vermittelt werden können.

Auf den Kopf gestellt

Zum Beispiel als »Creative Writing«? Das Unbehagen verstärkt sich. Denn etwas wird aus der Definition klar: Es handelt sich bei den ausgeführten Umständen um Verwertungszusammenhänge, und in diesen hat die künstlerische Arbeit – zu der ich das »Creative Writing« vorerst einmal zähle – eigentlich keinen genuinen Ort. Schreiben, Dichten, Malen und Komponieren sind keine Mittel zum Zweck des »kompetenten Umgangs mit fachlichem Wissen« der jeweiligen Urheber von Kunstwerken; vielmehr finden Kunstwerke ihre Bestimmung in der Aufnahme durch den Leser, den Betrachter, den Zuhörer. Hier ist also etwas auf den Kopf gestellt: Das Absolvieren eines kreativen Prozesses soll primär den Kreativen befähigen, in nicht-kreativen Zusammenhängen zu funktionieren. Die Ergebnisse des kreativen Prozesses sind eher sekundär, die Rezipienten der – eventuellen – Ergebnisse auch. Damit wird etwas sehr

Wichtiges ignoriert: dass der Treibsatz hinter dem Schaffensprozess – neben der Lust am Spiel, der Freude am Gestalten, an Sinnstiftung – aus einem mehr oder weniger emphatischen Verständigungswunsch besteht. Der Künstler bietet in seiner spezifischen Kunst eine Lesart der Welt, diese soll gelesen (betrachtet, gehört) werden. Seine Kunst soll nicht ihn in Stande setzen, Probleme kreativ zu meistern, sondern soll andere erreichen.

»Die Schnecke baut ihr Haus nicht, es wächst ihr aus dem Leib« heißt es an einer Stelle in den Sudelbüchern Georg Christoph Lichtenbergs. Was drückt das Bild aus? Einen genetischen Determinismus, unzulässiger und gemütlich-metaphorischer Weise auf das Schreiben angewandt? Vielleicht, und vielleicht zeigt es in unserem Zusammenhang schlicht die Grenzen dessen auf, was in »Creative Writing«-Seminaren geleistet werden kann. Aber es hilft auch zu verstehen, wie viel geleistet werden kann. Denn Bauen kann man lernen, Bauen kann gelehrt werden.



Dass die künstlerische Arbeit meist nicht zur Verwertung taugt, legt auch das bekannte Gemälde nahe: »Der arme Poet« von Carl Spitzweg, 1839.

Im Glücksfall kann man auf Gewachsenes bauen – dann hat man künftige Autoren vor sich. Im Normalfall kann man den Spaß am Bauen wecken, weil man Handwerkszeug und Anschauung liefert. Es ist auch für Nicht-Dichter eine wunderbare Erfahrung, spielerisch mit Sprache umzugehen und ihre Materialität zum Beispiel als Klangreservoir zu erfahren. Losgelöst von funktionalen Zusammenhängen, entwickelt man ein Ohr für Rhythmisches, Melodisches, Verrücktes.

Veränderte Wahrnehmung

In kleinen Schreibübungen, beim imitativen Schreiben und beim Weiterschreiben von – bis zu einem gewissen Punkt – gemeinsam gelesenen Texten eröffnen sich neue Ausdrucksformen und verändert sich die Wahrnehmung. Beim Schreiben werden aus Sinnfragen Stilfragen: Das ist für alle eine ungeheuer entlastende Erfahrung. Deshalb ist es wichtig, über Form und Sprache zu reden, auch in »Creative-Writing«-Semi-

naren: Denn nur wenn man weiß und lernt, in welche Gattungs-, Form- und Stoffgeschichte man sich einschreibt mit den ersten eigenen Versuchen, kann man sich von den konfektionierten, tradierten und konventionellen Mustern trennen, sie spielerisch brechen oder spielerisch übererfüllen. So entwickelt sich das Schöpferische – womit zunächst einfach nur einmal gemeint ist, dass die Überführung von Erlebtem und Erdachtem in eine ästhetische Realität reflektiert wird, statt dass reflexartig, automatisch kopiert wird, was einem am vertrautesten ist. Beim Schreiben lernt man eine Fremdsprache, die die eigene Muttersprache ist. Beim Schreiben – wie beim Lesen – erlebt man die Verblüffung, dass man etwas wiedererkennt, das man nicht wusste.

In »Creative Writing«-Kursen »baut« man also Texte. Meist handelt es sich dabei nicht um »hinterlassungsfähige Gebilde« wie ein Literaturwissenschaftler es einmal treffend formulierte, aber es sind Zeugnisse eines freieren Umgangs mit Sprache, und das führt zurück zur Schlüsselqualifikation. Sprache ist ja nicht nur Spiegel eines Bewusstseins, sondern ihrerseits bewusstseinsbildend. Diese Dialektik am eigenen Leib – spielerisch – erfahren zu haben, ist sicherlich eine basale Voraussetzung für die eingangs zitierte Kompetenz im Umgang mit Fachwissen.

Die Schneckenhaus-Metapher

Ich halte eine Unterscheidung von »creative« und literarischem Schreiben für sinnvoll, denn – in Bezug auf die Lichtenberg'sche Schnecke – , in solchen, richtigerweise allen Studierenden offen stehenden Kursangeboten, ist nicht davon auszugehen, dass von Beginn an etwas Autarkes wächst. Das Schöne und gleichzeitig Staunenswerte an der Metapher ist ja, dass das Schneckenhaus, einmal da, keine Spuren seiner Erzeugung mehr zeigt. Es besteht zu 100 Prozent aus Kalk, einem Stoff, den die Schnecke selbst nicht enthält, wohl aber zum Bauen produzieren kann. Und ich muss nicht ausführen, dass auch optisch und haptisch die beiden nichts gemeinsam haben. Vom Haus kann man nicht auf die Schnecke schließen, von der Schnecke nicht aufs Haus. Und doch sind sie notwendig verknüpft. Hier setzt für mich der Talent-Begriff ein, die innewohnende Begabung, der nur noch zu Sichtbarkeit verholten werden muss. Schreiben lehren ist, wie Michael Lentz, der in Leipzig am Deutschen Literaturinstitut (DLL) unterrichtet, es einmal formulierte, eine mäeutische Kunst, eine Hebammenkunst, die den schlummernden Potenzialen hilft, auf die Welt zu kommen. Das Augen-



Foto: Khatib

merk liegt dann auf dem neugeborenen Text, unnötig dies hervorzuheben.

In »Creative-Writing«-Kursen dagegen ist das Interesse geteilt, es gilt dem Textproduzenten ebenso wie dem Text – und solange dies nicht dazu führt, dass jeder beliebige Schreibprozess und jedes beliebige Schreibergebnis schlicht der Vorgabe »kreativ« entspricht, ist dagegen auch nichts einzuwenden.

Schneckenhäuser halten ewig, sie bleiben als Artefakte zurück und können nachgebaut werden – auch darum geht es in »Creative-Writing«-Seminaren. Die Eigenheiten eines literarischen Textes im Unterschied zu einem wissenschaftlichen oder journalistischen Gebrauchstext müssen Gegenstand der Erörterung sein, müssen erfasst werden. Es muss klar sein, dass Schreiben nicht bedeutet, Erfahrenes im Verhältnis eins zu eins auf dem Papier abzubilden, es muss klar sein oder werden, dass Schreiben nicht bloße Mitteilung, also eine Transferleistung ist, sondern Gestaltung durch, von und mit Sprache, also eine Transformationsleistung.

Dann kann eigentlich nichts schief gehen. Und es ist nicht zu befürchten, dass die Absolventen der Kurse sich noch aerodynamischer als es ohnehin schon von den verschiedenen Ausbildungswegen (auch) der Universität vorgesehen ist, in die Arbeitswelt einschleusen lassen, weil sie die im schöpferischen Prozess frei gewordenen affektiven Potenziale zur effizienteren Selbstausbeutung nutzen. Nein, im Gegenteil: Sie werden am eigenen Leib erfahren haben, dass die Beschäftigung mit Sprache sowohl die Konditionierungen aufdeckt, denen diese uns unterwirft, als auch

das Befreiende und Emanzipatorische, das im Spiel mit Konventionen, Konfektioniertem und Codiertem liegen kann.

Eine Autorenschmiede müssen solche Kurse weiß Gott nicht sein, ein Spielraum – ohne Mauern – allerdings.

Dagmar Leupold

Geboren wurde Dr. Dagmar Leupold 1955 in Niederlahnstein. Ihr Studium in den Fächern Germanistik, Philosophie, Althilologie und Komparatistik absolvierte sie in Marburg, Tübingen und New York, wo sie 1993 auch promovierte. Von 1994 an erhielt sie zahlreiche Lehraufträge an verschiedenen deutschen Universitäten und leitete verschiedene Text-Werkstätten. 2002 hatte sie die Liliencron-Poetik-Dozentur in Kiel inne. Sie lebt bei München.

Das »Studio Literatur und Theater« der Universität Tübingen leitet Dagmar Leupold seit dem Wintersemester 2003/04. Ihre Arbeitsgebiete umfassen Gedicht, Erzählung, Roman und Übersetzung. Sie erhielt unter anderem den aspekte-Literaturpreis (1992), den Bayerischen Literatur-Förderpreis, den Montblanc-Preis und den Glaser-Preis (2007). Zu ihren Veröffentlichungen gehören Gedichte »Die Lust der Frauen auf Seite 13« (1994), Lyrik und Prosa »Destillate« (1996), Essays zur Literatur »Alphabet zu Fuß« (2005) und eine Reihe von Romanen wie »Geschichte einer Sehnsucht« (1992), »Ende der Saison« (1999), »Eden Plaza« (2002), »Nach den Kriegen, Roman eines Lebens« (2004), »Grüner Engel, blaues Land (2007) und »Die Helligkeit der Nacht« (2009).

Porträtieren mit Stift und Pinsel

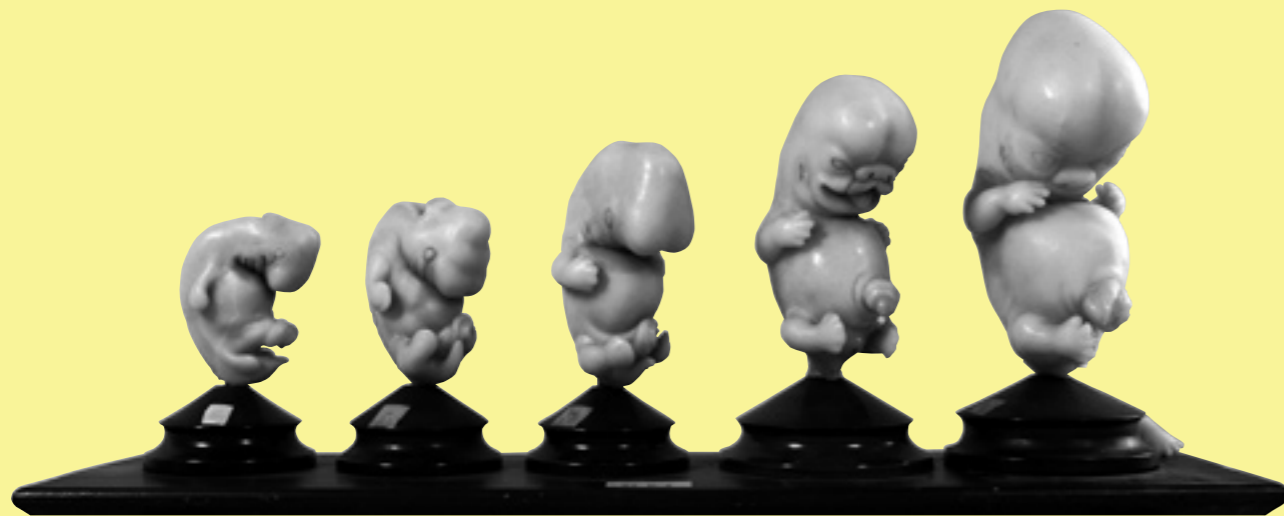


An den Kursen von Universitätszeichnerlehrer Frido Hohberger im Studium Generale dürfen alle teilnehmen, unabhängig von Vorkenntnissen und Begabung. Wichtig ist, dass die Kursteilnehmer wie hier beim Porträtzeichnen ihr Können weiterentwickeln. »Zeichnen kann man lernen«, sagt Frido Hohberger, der seine Schüler samt Modell gern selbst aufs Papier bannt. »Ob es Kunst wird, bestimmt das Publikum.«

Zeichnung: Hohberger, Foto: Albrecht

Tiefe Einblicke in den menschlichen Körper

Die anatomische Lehrsammlung dient vor allem dem Unterricht künftiger Ärzte. Wer sich allerdings für das menschliche Innenleben interessiert, kann sich die Feuchtpräparate, Wachs-, Gips- oder Kunststoffmodelle in der Alten Anatomie auf dem Österberg auch als Außenstehender ansehen.



Teil der Tübinger anatomischen Lehr- und Schausammlung ist auch dieses über 100 Jahre alte Wachsmode. Es zeigt die Entwicklungsstadien des Embryos.

Dass der Mensch mit Haut und Haaren am besten aussieht, steht außer Frage. Was hinter dieser Fassade steckt, ist in jedem Fall spannend, geradezu von entscheidender Bedeutung aber ist es für angehende Ärzte. Studierende der Medizin sollten schließlich ganz genau wissen, wie der menschliche Körper aufgebaut ist. Das lernen sie in Tübingen unter anderem mit Hilfe der anatomischen Lehrsammlung. Die ältesten Teile stammen aus dem 19. Jahrhundert, aber auch heute noch wird die mehr als 100 Stücke zählende Sammlung durch neue Präparate und Modelle ergänzt. Diese nehmen Dozenten zum Teil mit in die Vorlesung. Dabei geht es nicht um Voyeurismus à la Gunter von Hagen, sondern schlicht um Anschauungsunterricht. Nur wer im Fach Medizin immatrikuliert ist, kann dabei sein.

Die Konkurrenz durch den Computer, mit dem bekanntlich alles auch dreidimensional abgebildet werden kann, ist groß, aber: »Der Mensch ist ein räumliches Gebilde. Daher ist es wichtig, die Sachen anfassen zu können, denn manche Dinge kann man nur so richtig erfassen«, stellt Mihnea Nicolescu fest. Er ist

wissenschaftlicher Zeichner in der Anatomie, ein wichtiger Ansprechpartner für Studierende und Verwalter der Lehrsammlung. Medizinstudenten dürfen mit Präparaten der anatomischen Arbeitssammlung, einer Art Präsenzbibliothek, direkt im Institut arbeiten. Da liegt beispielsweise ein Oberarmknochen im Regal. Im Fach darüber sind sorgfältig mehrere hellgraue Kartons aufeinander gestapelt: »Obere Extremitäten« steht darauf. Sie enthalten alle menschlichen Ober- und Unterarmknochen samt Schlüsselbein. Mit Hilfe des ebenfalls bereit liegenden »Lernatlas der Anatomie« können sich Studierende die einzelnen Skelettbestandteile einprägen.

Jeder Schädel ist anders

Natürlich sind die Knochen echt. In jedem Karton sehen sie deshalb ein bisschen anders aus. Auch das menschliche Innenleben ist also ganz individuell: »Es gibt auch keine zwei Schädel, die genau gleich sind«, weiß Mihnea Nicolescu. Unwillkürlich bleibt der Blick im Raum, der die Arbeitssammlung beherbergt, an verschiedenen Skeletten hän-

gen. Wie eine Gruppe Schaulustiger stehen sie in der linken hinteren Ecke, als ob sie die Sammlung im Auge behalten wollten. Wären sie noch lebendig, würde ihr Blick unter anderem auf Kunststoffmodelle fallen, zum Beispiel einen Oberkörper, dessen innere Organe einzeln herausnehmbar und wiederum zu zerlegen sind. Manche dieser speziellen, ins Riesenhafte vergrößerten Modelle wurden von Tübinger Präparatoren extra für den Hörsaal angefertigt.

Ein Teil der anatomischen Sammlung ist auch der Öffentlichkeit zugänglich. Untergebracht im Hörsaalumgang auf dem Flur des zweiten Stocks in der Alten Anatomie, zeigt er die Exponate in ihrer ganzen Bandbreite. Hier finden sich zum Beispiel in eine spezielle Konservierungsflüssigkeit eingelegte »Feuchtpräparate« – wie etwa ein Kopf, durch den ein Längsschnitt gemacht wurde. Oder ein Gehirn, an dem, wie ein dünner langer Schwanz, das Rückenmark hängt. Man sieht eine Zunge mit Kehlkopf oder einen Fötus mit Nabelschnur und Plazenta. Wo sich der eine Betrachter gruseln mag, schätzt ein anderer vielleicht die ganz spezi-

elle Ästhetik solcher Präparate. Dem Zeichner Nicolescu jedenfalls ist sie vertraut. Das Material, aus dem die Modelle gemacht sind, zeigt die geschichtliche Weiterentwicklung der technischen Möglichkeiten: Die ältesten Stücke sind aus Wachs. Sie stammen aus der Zeit, als auch Marie Tussaud in London ihre selbst gefertigten Wachsfiguren ausstellte. Die Tübinger Schausammlung zeigt etwa die Entwicklungsstadien eines menschlichen Embryos aus Wachs. Über den Gips kamen die Präparatoren schließlich zum Kunststoff, der seit den 60er-Jahren verwendet wird. Mit immer feineren Techniken gelingt es heute zum Beispiel, die Blutgefäße des Gehirns isoliert zu präparieren. Auch das ist in der Schausammlung zu sehen. »Solche Präparate herzustellen, ist sehr aufwendig. Dazu muss Gewebe mit Kunststoff ausgegossen werden«, erklärt Mihnea Nicolescu und ergänzt: »Wir haben auch Plastinate der modernen Art, die man anfassen kann. Sie werden von unseren Präparatoren für rein wissenschaftliche Zwecke hergestellt und ausschließlich an Studierende der Medizin ausgegeben.«

Apropos Körperspenden: Wer sich vorstellen kann, seinen Körper der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen, kann sich dazu extra beraten lassen. Dass es Präparatoren gibt, die Leichen für den Medizinerkurs vorbereiten, war nicht immer selbstverständlich. 1482, also fünf Jahre nach der Gründung der Universität Tübingen, brauchte es noch eine päpstliche Erlaubnis, Leichen zu zergliedern. 1551 gab der Tübinger Medizinprofessor und



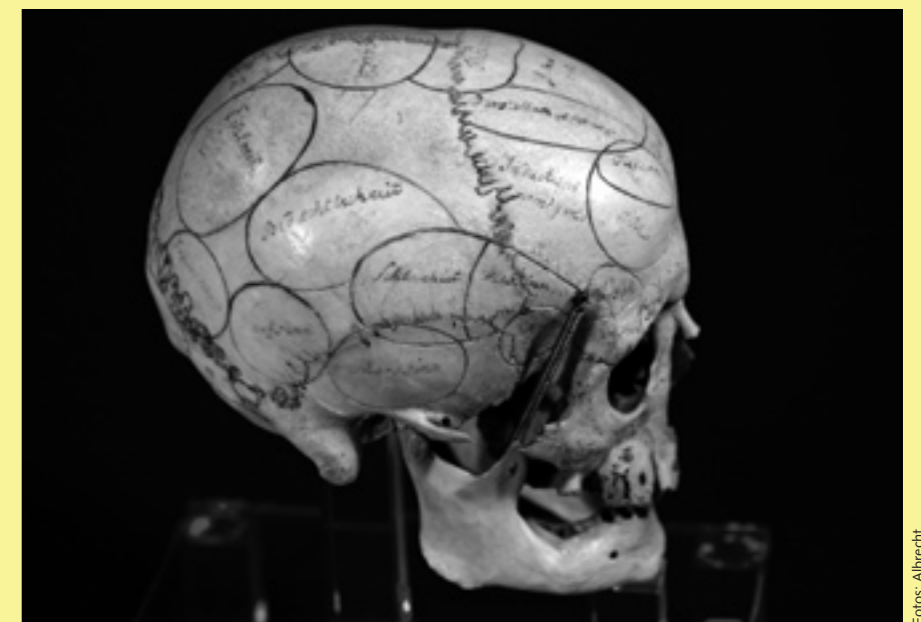
Der wissenschaftliche Zeichner Mihnea Nicolescu hütet und verwaltet die Schätze der anatomischen Sammlung.

Kräuterkundige Leonhard Fuchs ein erstes anatomisches Lehrbuch heraus. Es trug den Titel »De corporis humani fabrica«. Fast 300 Jahre musste sich die Tübinger Anatomie als Standort mit der St. Jakobs-Kapelle, dem »Anatomiekirche« auf dem Gelände der heutigen Jakobuskirche begnügen, bis 1835 der bis heute mehrfach erweiterte Institutsbau auf dem Österberg bezogen werden konnte.

Seit dem Wintersemester 1835/36 bis heute beschäftigen sich Studierende der Medizin dort oben, auf dem Gelände der ehemaligen Ploucquetschen und Mezschen Gärten oberhalb des Lustnauer Tors, mit der menschlichen Anatomie. Ein Ort übrigens, den auch Goethe bei seinem Besuch in Tübingen aufsuchte. Am 7. September 1797 genoss er von da den herrlichen Blick auf Tübingen. Gabriele Förder

Weitere Informationen

Die anatomische Schausammlung, Am Österberg 3, ist von Montag bis Freitag von 8 bis 17 Uhr geöffnet. Im Internet gibt es einen virtuellen Einblick in die Ausstellung unter www.anatom.uni-tuebingen.de.



»Gallscher Schädel« von 1825: Der Arzt Franz Joseph Gall glaubte, dass bestimmte Eigenschaften wie Schlaueit oder Eitelkeit im Gehirn lokalisierbar wären (oben). Knochen, Gipsmodelle und Skelette: Blick in die anatomische Lehrsammlung für angehende Ärzte (links).

Fotos: Albrecht

Der deutsch-französische Elan überdauert manche Krise

Gute Zeiten, schlechte Zeiten: Zwischen den Universitäten Tübingen und Aix-Marseille besteht seit 1957 eine Partnerschaft



Foto: Cöhner, Stadtarchiv Tübingen

17. Mai 1961: Der Leiter des Akademischen Auslandsamtes, der Romanistikprofessor Julius Wilhelm, (ganz rechts) und Bürgermeister Eberhard Doege (zweiter von links) begrüßen eine Aix-er Delegation städtischer Vertreter und Professoren.

Das Terrain für akademische Kooperationen hatten wohlwollende Franzosen und einsichtige Deutsche schon seit Sommer 1945 bereitet, als die württembergische Landesuniversität der Kontrolle des *Gouvernement Militaire* unterstellt wurde. 1948/49 übernahm das *Centre d'Études Françaises* auf dem Österberg eine wichtige Mittlerrolle. Sein Direktor war maßgeblich an der Anbahnung der Partnerschaft der Universitäten Tübingen und Aix-Marseille beteiligt.

Das erste Jahrzehnt des akademischen Austauschs stand im Zeichen des schwungvollen Auftakts, als im Mai 1957 neun Aix-er Professoren für eine knappe Woche nach Tübingen kamen und die Partnerschaft durch einen Briefwechsel der Rektoren besiegelt wurde. Im März 1958 folgte der Gegenbesuch einer zehnköpfigen Tübinger Delegation in der Provence. Seit 1959 wurde der Austausch intensiviert, indem bis 1966 jährlich eine »Tübinger Universitätswoche« in Aix und in Tübingen eine »Aix-Marseiller Universitätswoche« stattfand. Dabei reisten jeweils etwa sieben Professoren an die Partneruniversität, um wissenschaftliche Vorträge zu halten und Gespräche mit den Fachkollegen zu führen. Stets waren Geistes- und Naturwissenschaftler, Juristen und Mediziner

mit von der Partie. Daneben wurde ein bescheidener Studentenaustausch praktiziert: Im Juni 1958 traten zwölf Aix-er Germanisten ihren sechswöchigen Studienaufenthalt in Tübingen an. Stipendien und Zuschüsse wurden allerdings erst ab 1961 gewährt. Seitdem konnte auch ein Dutzend Tübinger Nachwuchsromanisten für mehrere Wochen in die Provence reisen. Unabhängig von den jährlichen Hochschuldelegationen begannen die Juristen im Sommersemester 1962 einen bilateralen Professoren- und Studentenaustausch.

Im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens lebte die Partnerschaft vom selbstlosen Einsatz einiger Rechtswissenschaftler sowie des Aix-er Germanisten Pierre-Paul Sagave und des Tübinger Romanisten Julius Wilhelm. Dennoch geriet die *Jumelage* Mitte der 1960er Jahre in ihre erste Krise. Diese hing nur vordergründig damit zusammen, dass Sagave 1964 einen Ruf an die neu gegründete Universität Paris-Nanterre annahm und Wilhelm im selben Jahr emeritiert wurde. Vielmehr waren strukturelle Gründe für Irritationen verantwortlich. Auf beiden Seiten wurden »die Beziehungen in der bisherigen Form als lästig empfunden«. Wilhelms Nachfolger als Partnerschaftsbeauftragter schlug daher eine Fortsetzung des Austauschs in »lo-

ckerer Form«, eine Kooperation nur noch auf Fächerebene, vor. Tatsächlich kam 1967 der Professoren- und Studentenaustausch vorübergehend zum Erliegen, bevor er im folgenden Jahr in verringertem Umfang wieder aufgenommen wurde. So begann die zweite Dekade des Austauschs unter krisenhaften Vorzeichen. Die Studentenrevolte von 1967/68 beschleunigte an beiden Universitäten einschneidende organisatorische Strukturveränderungen. In Tübingen untergliederte man die alten Fakultäten in kleinere Einheiten; in Aix-Marseille wurden die Institute sogar auf mehrere – zunächst zwei, dann drei – selbstständige Hochschulen verteilt. Sämtliche Partnerschaftsmittel der *Jumelage* verblieben zunächst im Etat von Aix-Marseille I, so dass der Austausch mit Tübingen während der 1970er Jahre vor allem im Bereich der Geisteswissenschaften gepflegt wurde. Immerhin hielten auch die Juristen von Aix-Marseille III in dieser schwierigen Phase den Kontakt zu ihren Tübinger Kollegen aufrecht. 1977 schlossen beide Seiten ein Grundsatzabkommen, als dessen unmittelbare Konsequenz bis heute mehr als 200 Studierende im Rahmen ihres Tübinger Jurastudiums die *Maîtrise en Droit, Mention Droit International* erwerben konnten.

Zunächst aber beeinträchtigte die mangelnde Finanzierung des Studentenaustauschs die Partnerschaft. Das Deutsch-Französische Jugendwerk, das bis 1971/72 jeweils fünf Austauschstipendien pro Seite zur Verfügung stellte, strich diese Zuwendung vollständig. Ein einziges Jahresstipendium des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) war ein unzureichender Ersatz. Axel Markert, der Leiter des Akademischen Auslandsamts, betonte im Juni 1975: »Auf eine Intensivierung der Beziehungen durch höhere Mittel sollte man momentan wohl nicht hoffen, da auch die französischen Universitäten den Gürtel enger schnallen müssen. Allenfalls der persönliche Einsatz von Mitgliedern der Hochschulen auf beiden Seiten wird auf lange Sicht eine Beziehung aufrechterhalten können, die den Namen »Partnerschaft« zu Recht trägt.«

Diese Feststellung charakterisiert treffend den Zustand der Austauschbeziehungen bis Mitte der 1980er Jahre: Man könnte für die dritte



Stefan Zauner

Der Akademische Oberrat Dr. Stefan Zauner ist seit 1994 Fakultätsassistent im Dekanat der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät beziehungsweise Fakultät für Philosophie und Geschichte und der neuen Philosophischen Fakultät. Promoviert wurde er in Tübingen und München mit einer Arbeit über Frankreichs Erziehungs- und Kulturpolitik in Deutschland 1945 bis 1949, war von 1988 bis 1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Zeitgeschichte und von 1990 bis 1994 Programmreferent des integrierten deutsch-französischen Studiengangs Geschichte »TübAix«.

Dekade der *Jumelage* von einer Stabilisierung auf bescheidenem Niveau sprechen. Immerhin richteten Rechtswissenschaftler und Geographen zu Beginn des Jahrzehnts ein vom DAAD gefördertes »integriertes Auslandsstudium« ein. Im Übrigen waren es vor allem die beiden Juristenfakultäten, die den Professoren- und Studentenaustausch aufrechterhielten, Studienstipendien akquirierten und gemeinsame Lehrveranstaltungen zu ermöglichen suchten.

Erst im Vorfeld des 30-jährigen Partnerschaftsjubiläums von 1987 kam neuer Schwung in die Beziehungen. Dieser Elan hat im Laufe der letzten beiden Dekaden die Krisenresistenz der Kooperation entscheidend erhöht. Er speist sich aus einem breiten Spektrum von Aktivitäten:

> Seit 1984/85 intensivierten Philosophen, Historiker und Germanisten den Kontakt zu den Fachkollegen an der Partneruniversität. Ende 1986 kam eine förmliche Austauschvereinbarung zwischen Tübingen und Aix-Marseille I zustande, die bevorzugte Kooperationen in diesen Fächern sowie in Romanistik vorsieht.

> 1987 richtete die Universität Tübingen als Jubiläumsgeschenk einen Deutschkurs für Aix-er und Marseiller Hochschullehrer ein – zwei Jahre später bedankten sich Aix-Marseille I und III mit dem Angebot eines Französischkurses für Tübinger Lehrende.

> Als Ende der 1980er Jahre die EU das Erasmus-Programm für den Studierendenaustausch ins Leben rief, wurden multilaterale Vereinbarungen unter Beteiligung der Universitäten Tübingen und Aix-Marseille in

den Fächern Archäologie, Geographie und Physik abgeschlossen. Außerdem stellten die Juristen ihren Studentenaustausch wegen des Wegfalls der DAAD-Stipendien auf eine (Teil-)Finanzierung durch Erasmus-Mobilitätsbeihilfen um. 2007 umfasste der bilaterale Erasmus-Vertrag zwischen Tübingen und Aix-Marseille I das gesamte Spektrum der Geisteswissenschaften mit etwa 20 Jahresstipendien für beide Seiten.

> 1990 wurde mit Unterstützung des Deutsch-Französischen Hochschulkollegs ein integrierter deutsch-französischer Studiengang für Geschichts- und Germanistikstudenten eingerichtet, der seinen Absolventen zunächst das Magister- und Maîtrise-Diplom, mittlerweile aber zwei binationale Abschlüsse nach dem Bachelor-/Master-Modell offeriert. Germanisten und Romanisten, die sich Mitte der 1990er Jahre aus dem »TübAix«-Studiengang zurückgezogen hatten, sind seit einigen Jahren mit dem nichtkonsekutiven Master-Programm »Interkulturelle Studien« wieder mit von der Partie.

> 1996 trat ein Abkommen zwischen den Universitäten Tübingen und Aix-Marseille III »zur Förderung der gegenseitigen Beziehungen und des Hochschulaustausches« in Kraft. Unabhängig davon veranstalteten die beiden Juristenfakultäten schon seit 1981, verstärkt in den 1990er Jahren, mehrere internationale Kolloquien. Anfang 1999 wurde ein Rahmenabkommen zwischen Tübingen und Aix-Marseille II über den Austausch von Lehrenden und Studierenden unterzeichnet, das die Fächer Medizin, Physik, Chemie,

Wirtschaftswissenschaften/Technologie und Sport einbezieht.

> 1998 konnte eine »Robert-Schuman-Gastprofessur« eingerichtet werden, die – auf deutscher Seite zehn Jahre lang von der Robert-Bosch-Stiftung finanziert – einen regelmäßigen Dozentenaustausch und insbesondere den Historikern eine willkommene Flankierung ihres »TübAix«-Studiengangs ermöglichte.

> Schließlich wurde 2000 ein Kooperationsvertrag zwischen dem Tübinger Institut für Theoretische Astrophysik und dem *Observatoire de Haute-Provence* geschlossen, an dem die Tübinger eine große Beobachtungskuppel mieten und ein durch Fernbedienung via Internet steuerbares Teleskop installieren konnten.

Nach dem verheißungsvollen Aufbaujahrzehnt, zwei eher »mageren« Zwischendekaden und schließlich zwanzig »fetten« – wenn auch nicht unbedingt mit Geld gesegneten – Jahren ging der universitäre Austausch 2007 gestärkt in die zweite Hälfte seines ersten Säkulums. Ob die synchrone Rückkehr zu Großfakultäten in Tübingen und zu einer Gesamtuniversität in Aix-Marseille dem Hochschulpaar nach seiner Goldenen Hochzeit womöglich einen dritten Frühling zu beschern vermag, bleibt abzuwarten. Verlässlicher wäre jedenfalls das kontinuierliche Engagement kreativer Mitstreiter auf beiden Seiten in Forschung und Lehre (und Verwaltung), um eine bewährte, aber keineswegs automatisch funktionierende *Jumelage* wissenschaftlich produktiv zu erhalten und weiter auszubauen.

Stefan Zauner



Konzert eines Tübinger Orchesters unter Leitung von Helmut Calgée, Leiter des Kulturreferats an der Universität Tübingen, 1972 in Aix-en-Provence.



Foto: Ey, Stadtarchiv Tübingen

Impressum

attempo! ist die Zeitschrift der Eberhard Karls Universität Tübingen und der Vereinigung der Freunde der Universität Tübingen e. V. (Universitätsbund).

Sie wird herausgegeben vom Rektor der Universität und erscheint zweimal jährlich zu Semesterbeginn.

ISSN: 1436-6096
attempo! im Internet:
www.uni-tuebingen.de/aktuelles/veroeffentlichungen/attempo.html

Redaktion: Michael Seifert (MS, verantwortlich), Janna Eberhardt (JE), Gabriele Förder (FÖR) und Dr. Tina Schäfer (TS, Volontärin)

Adresse: Eberhard Karls Universität Tübingen, Hochschulkommunikation, Wilhelmstr. 5, 72074 Tübingen
Tel.: 07071/ 29-76789, Fax: 07071/ 29-5566,
E-Mail: michael.seifert@uni-tuebingen.de

Layout: Barbara Kalb
Konzept und Beratung: nalbach typografik, Stuttgart

Fotograf: Friedhelm Albrecht
Titelfoto: Nicolai Kalb

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Jürg Häusermann, Frido Hohberger, Prof. Dr. Herbert Klaeren, Prof. Dr. Joachim Knape, Dietmar Koch, Sigi Lehmann

Druck: Kohlhammer und Wallishauser GmbH
Anzeigen: vmm wirtschaftsverlag gmbh & co.kg
Maximilianstraße 9, 86150 Augsburg
Tel.: 0821/ 4405-423
www.vmm-wirtschaftsverlag.de

Auflage: 8 000 Exemplare
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder. Textabdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Bankverbindungen des Universitätsbundes: KSK Tübingen Nr. 110608, Deutsche Bank AG Tübingen Nr. 1208080000, Volksbank Tübingen Nr. 15818004

Neu im Unibund

Ministerialdirektor Günther Benz, Ulm
Peter-Michael Berger, Tübingen
Julian Bergmann, Tübingen
Annira Busch, Tübingen
Ministerialrätin Dörte Conradi, Burladingen
Tengiz Dalalishvili, Tübingen
Francois Dorais, Tübingen
Carolin Echt, Tübingen
Dr. Joachim Eisert, Bad Ditzgenbach
Verena Fürgut, Biberach
Stefanie Goeke, Tübingen
Laleh Gomari-Luksch, Ebersbach
Katrin Graß, Tübingen
Felix Haaß, Tübingen
Sven Haumacher, Tübingen
Dipl.-Volkswirt Michael Horn, Weingarten
Stefanie Jörger, Tübingen
Landtagsabgeordneter Hagen Kluck, Reutlingen
Dr. Pierre Koch, Altensteig
Judith Kron, Tübingen
Jerome Kuchejda, Tübingen
Owe Langfeldt, Tübingen
Torsten Matzke, Wendlingen
Nne Friederike Mävers, Freiburg
Natalie Pfau, Kirchheim unter Teck
Manon Richard, Tübingen

Lela Samushia, Stuttgart
Ltd. Ministerialrat Werner Schempp, Ulm
Ann-Sophie Schöpfel, Tübingen
Dr. Tobias Schwarz, Tübingen
Florian Schwertek, Frankfurt
Johann Sieber, Tübingen
Martin Thalhammer, Tübingen

Dr. Christiane Tödter, Stuttgart
Katrin Tröster, Reutlingen
Svenja Vollmer, Tübingen
Maria von Gagern, Tübingen
Katharina Waczek, Tübingen
Ministerialdirigentin Gerda Windey, Metzingen

Wir trauern um

Prof. Dr. Gerhard Baaken
Prof. Dr. Helmut Calg er
Universitätsmusikdirektor Tobias Hiller
Prof. Dr. Gerhard M ller-Schwefe
Helene Schmidt
Peter Stoz
Prof. Dr. Reinhard Stunkat
Dr. Rainer Trost
Prof. Dr. Hanna Weischedel

KUNSTHALLE
T UBINGEN

Wechselnde Ausstellungen internationaler moderner und zeitgenössischer Kunst
Dienstag bis Sonntag 11 bis 18 Uhr

PHILOSOPHENWEG 76 · 72076 T UBINGEN
T 07071 96910 · www.kunsthalle-tuebingen.de

MAQUET
GETINGE GROUP

MEDIZINTECHNIK: INTERNATIONALE LEHRE,
FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG
MAQUET - THE GOLD STANDARD

CARDIOVASCULAR



MAQUET präsentiert ein neues Konzept von Lehrveranstaltungen und Fortbildungen, abgestimmt auf neueste medizinische Studien und die Bedürfnisse der Anwender. Als weltweit führender Anbieter von medizinischen Produkten, Therapien und Serviceleistungen richtet MAQUET sich neu aus und bietet drei Säulen für Lehre, Forschung und praktische Workshops für Mediziner und medizinisches Pflegepersonal.

Studiengang Medizintechnik an den Universitäten Tübingen und Stuttgart: MAQUET unterstützt die Studenten dieses neuen Studienganges. Ziel ist die Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte, die Spaß an der Naturwissenschaft und Medizintechnik haben.

Medical Academy: Ein internationales Fortbildungs- und Trainingskonzept – flexibel und modular aufgebaut. Die Lehrinhalte werden in Kooperation mit Trainingsexperten und Medizinern entwickelt, die Pionierarbeit leisten auf dem Gebiet der extrakorporalen Kreislaufunterstützung.

Surgical Academy: Als moderne und zukunftsorientierte Kommunikationseinrichtung bietet die Surgical Academy in Rastatt eine Reihe spezialisierter Veranstaltungen zu medizinischen Themen. Darüber hinaus finden hier auch zahlreiche Schulungen für MAQUET Produkte statt.

MAQUET – The Gold Standard.

MAQUET Cardiopulmonary AG
Hechinger Straße 38
72145 Hirrlingen, Germany
Phone: +49 (0) 7478 921-0
Fax: +49 (0) 7478 921-100
info@maquet-cp.com
www.maquet.com

Interessant:

Ein 75 kg schwerer Astronaut benötigt etwa 15l Sauerstoff pro Stunde – eine beschwerdefreie Atmung vorausgesetzt.



Relevant:

Nasivin gehörte 1969 offiziell zur Apollo 11 Bordapotheke und sorgte bei Neil Armstrong und Buzz Aldrin für eine freie Nase.

Es gibt noch viel an uns zu entdecken. Jetzt bewerben und die Zukunft mitgestalten.

[come2merck.de](https://www.come2merck.de)